

Anfragenerledigung. Ich darf nun die inzwischen beantworteten Anfragen zur Diskussion stellen. Es ist dies die

Anfrage des Abg. Waibel wegen der Erlassung einer Verordnung über Ausmaß und Ausstattung von Kinderspielplätzen.

Wird eine Diskussion gewünscht? Es ist nicht der Fall. Als nächste Anfragenbeantwortung steht zur Diskussion die

Anfrage des Abg. Dr. Häfele und Gen. wegen der Entlassung einer Lehrerin aus dem Schuldienst.

Wird darüber eine Debatte gewünscht? Es ist der Fall. Wem darf ich das Wort erteilen? Bitte, Herr Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Um es von vornherein zu sagen, meine Damen und Herren, ich lehne es ab, von einem «Fall Ulrike Jussel» zu sprechen, denn es handelt sich dabei doch wohl eher um einen «Fall Siegfried Gasser». Wenn ich seine Antwort auf meine dringliche Anfrage richtig deute, dann stellt er sich nämlich voll und ganz selbst hinter die ungeschicktesten Dinge, die in der Schulabteilung gegen die junge Lehrerin Ulrike Jussel ausgeheckt wurden. So sehr mich das politisch eigentlich freuen müßte, so berührt es mich doch persönlich ein bißchen seltsam, denn alles, was wir hier in dieser Debatte über den «Fall Gasser» ergründen und klarstellen wollen, sollte doch dem einen Ziel dienen, die Lehrerin Ulrike Jussel wieder in den Schuldienst zurückzubringen, für den sie ausgebildet wurde.

Um allerdings diese geistige Enge, in der sich der «Fall Gasser» abgespielt hat, zu sprengen, muß ich bereits Ihre einseitige Schilderung des Sachverhaltes, die Sie mir übermittelt haben, in wesentlichen Punkten richtigstellen, Herr Landesrat!

Ulrike Jussel hat also im 2. Klassenzug der Mädchenhauptschule Hatlerdorf in der zweiten Klasse Bildnerische Erziehung unterrichtet. Ihre Schülerinnen sollten ein Blatt Papier mit Buchstaben und Wörtern graphisch gestalten. Eine Schülerinnengruppe verwendet dazu auch Vulgärausdrücke aus dem Sexualbereich, die zum Teil mit Lehrpersonen in Zusammenhang gebracht wurden. Am selben Tag reißt nach Aussagen der Schülerinnen der Direktor die ausgestellten Zeichnungen von der Wand und beschimpft dabei die abwesende Lehrerin. In den folgenden drei Tagen spielen sich nun nach einer Dokumentation der Betroffenen recht absonderliche Dinge ab: Die Religionslehrerin und sogar die Raumpflegerin der Schule aktivieren die Eltern gegen Frl. Jussel. Es ist schon erstaunlich, wenn es um die Hetzjagd auf eine progressive Lehrerin geht, dann funktioniert die Mitbestimmung des nichtwissenschaftlichen Personals doch tatsächlich schon an Vorarlbergs Pflichtschulen (Zwischenruf: . . .

Wir kommen damit zu Pkt. 2, der

sogar die Raumpflegerin! Diskriminierend ...!).

Am 10. März erfolgte eine Besprechung der Lehrerin im Amt der Landesregierung. Ulrike Jussel schreibt dazu selbst: «Diese Rechtfertigung war nicht eine von mir kontinuierlich vorgetragene Darstellung der Ereignisse, sondern es waren aus dem Zusammenhang gerissene Antworten auf die Fragen des Vorstandes der Schulabteilung, LOBRegRat Dr. Steger. In meiner Erregung, die daraus resultierte, daß mir Dr. Steger beinahe nach jedem Satz erklärte, er glaube mir kein Wort, wisse er doch aus der Erfahrung mit den eigenen Kindern, daß diese keine solchen Worte gebrauchten, bemerkte ich nicht, in welche Richtung mich diese Fragen drängten. Dadurch wurde mir auch meine ständige Redensart «absolut» zum Verhängnis.

Um mir über meine Aussagen selbst klar zu werden, verlangte ich eine Abschrift des über meine Aussagen verfaßten Protokolls, ohne die ich die Unterschrift nicht leisten wollte. Dr. Steger verweigerte mir dies, indem er erklärte, daß ich doch wissen müsse, was ich gesprochen hätte. Er glaubte mir ja nach seinen vorausgegangenen Versicherungen kein Wort. Dies und das Bewußtsein des Verlassenseins übten jenen moralischen Druck auf mich aus, daß ich unterschrieb. Auf dieses Protokoll stützt sich aber vorwiegend der Bericht der Schulabteilung beim Amt der Vorarlberger Landesregierung.» Soweit Ulrike Jussel.

Über diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, im Amt der Landesregierung werden sich sicher der Herr Landesamtsdirektor und auch der Rechtsanwalt der Lehrerin noch ihre eigenen Gedanken machen. Ich kann mich als Abgeordneter dieses Landes nur darüber wundern. Auch auf die Gefahr hin, daß der Herr Landeshauptmann wieder aufsteht und erklärt, wir gingen gegen seine Beamten los. Herr Landeshauptmann, auch Frl. Jussel ist im Landesdienst gestanden und weit und breit war kein Landeshauptmann da, der sich schützend vor die Lehrerin gestellt hätte und übereilte und unbegründete Angriffe abgewehrt hätte. Dr. Steger erklärte der Lehrerin bei der Besprechung, bei der nur die Aussagen der Lehrerin, nicht aber die Fragen und Äußerungen Dr. Stegers schriftlich festgehalten wurden, ihr Unterricht gehe genau in eine bestimmte Richtung, jene der Neuen Linken. So könne sie in Hessen oder in Schweden unterrichten, aber wir in Vorarlberg seien Gott sei Dank noch nicht so weit. Kurz darauf hat dann die Landesregierung auch tatsächlich zugeschlagen. In der vorläufigen Suspendierung der Lehrerin schreibt Dr. Steger:

«Es wird Ihnen zur Last gelegt, am 6. März als Lehrerin der Mädchenhauptschule Dornbirn-Hatlerdorf Schülerinnen der 2. Klasse Hauptschule im Zeichenunterricht zur Herstellung ordinärer und obszöner Schriftzeichnungen veranlaßt zu haben, in denen auch namentlich angeführte Lehrpersonen dieser Schule in gemeiner Weise diskriminiert werden . . . Vermöge der Natur des Ihnen zur Last gelegten Verhaltens, das ein schweres Dienstvergehen darstellt,

wird das Ansehen der Schule und wesentliche Interessen des Dienstes gefährdet.»

Was mich an dieser Vorgangsweise wieder seltsam berührt, ist die Tatsache, daß Sie, Herr Landesrat, kaltschnäuzig über die Nöte und Probleme der Schülerinnen hinweggegangen sind. Aus den Fragen der Schülerinnen an Frl. Jussel war doch eindringlich genug hervorgegangen, daß die Mädchen teilweise außerordentlich schlecht aufgeklärt waren, daß sie mit der Sexualität große Ängste verbanden, daß sie in einzelnen Fällen bereits von Burschen mit den erwähnten Vulgäusdrücken angesprochen wurden, und daß sie aber dennoch zum Teil nicht wußten, was diese Wörter bedeuten.

Interessant ist auch das folgende Rückzugsgefecht. Denn während es in der vorläufigen Suspendierung noch hieß, daß die Schülerinnen zur Herstellung obszöner Schriftzeichnungen veranlaßt worden seien, hat zwei Tage später der Bezirksschulinspektor feststellen müssen, daß die Schülerinnen nicht dazu veranlaßt worden sind. Worauf Sie, Herr Landesrat, in Ihrer Antwort auf meine Anfrage mitteilen: «Im vorläufigen Suspendierungsbescheid wurde dies nicht als feststehende Tatsache bezeichnet, sondern nur festgehalten, daß ihr das zur Last gelegt wird.» Ich meine, noch einfältiger geht es wirklich nicht mehr.

Meine Damen und Herren, aber damit war den Ungeheuerlichkeiten noch kein Ende gesetzt, denn das «Kabarett Montfortstraße» produzierte ständig neue Nummern im «Fall Gasser». Ich stütze mich dabei wieder auf eine Dokumentation über die chronologische Folge der Ereignisse: (Zwischenrufe). Am 4. April lädt Landesrat Gasser Frl. Jussel zu einer neuerlichen Besprechung ein. Der Herr Landesrat meint u.a., Frl. Jussel hätte sich reuiger zeigen müssen. Worauf Frl. Jussel fragt: «Hätte ich weinen sollen?» Der Herr Landesrat antwortet sinngemäß und väterlich: «Weinen, ja, das wäre besser gewesen!» (Zwischenruf: Oh, väterlich!) Soweit die Dokumentation über den 4. April (Zwischenruf Dipl.-Vw. Gasser: Was für eine Dokumentation?). Eine Dokumentation, die von der Betroffenen erstellt wurde (Zwischenruf Dipl.-Vw. Gasser: Eine Dokumentation der Sozialistischen Partei aus der Loewelstraße! — Glocke des Präsidenten.) «Weinen, ja, das wäre besser gewesen!»

Im übrigen verweigerte Dr. Steger dem Rechtsanwalt der Lehrerin Kopien der Zeichnungen. Groteskerweise wurden damals diese Zeichnungen schon in schulischen und — man höre — auch in außerschulischen Kreisen des Landes unter der Hand herumgereicht. Und der Vorstand der Schulabteilung versucht sich am 21. April in einem Brief an alle Direktoren der Vorarlberger Pflichtschulen zu rechtfertigen. Wörtlich schreibt er: «Bei mehr als einem Drittel der Schülerinnen wurde Sex zum zentralen Thema, wobei Vulgäusdrücke mit Namen von Schülerinnen und Lehrpersonen eng verbunden und Lehrpersonen schwer verunglimpft wurden (E

und N im Bett, E ist doof. K will ein Kind von N — Die Namen sind voll ausgeschrieben.)» Und weiter heißt es: «Die Aktivität der Schüler und das Produkt ihrer Arbeit glichen dem Beschmieren von öffentlichen Klosettanlagen mit Zoten.» Meine Damen und Herren, ein pädagogisch unausgebildeter Jurist wirft einer ausgebildeten Pädagogin und Kunsterzieherin vor, die Aktivität ihrer Schüler und das Produkt ihrer Arbeit kämen dem Beschmieren von öffentlichen Klosettanlagen gleich.

Weiters schreibt Dr. Steger, daß die Worte «Küsse mich!» sogar mit Großbuchstaben geschrieben worden seien, was offensichtlich als erschwerender Umstand gewertet wird. Am 7. Mai fühlte sich dann die Schulabteilung bemüßigt, nochmals an alle Direktoren der Pflichtschulen ein Schreiben zu schicken. Der Vorstand schrieb u.a. wieder: «Im Nachhang zum hieramtlichen Schreiben werden Kopien von Lichtbildaufnahmen von vier dieser Zeichnungen zur gefälligen Kenntnis übermittelt. Bemerkenswert wird, daß die Originalzeichnungen das achtfache Ausmaß haben und in Farbe hergestellt sind.» Wie furchtbar! «Für die Vorarlberger Landesregierung: Im Auftrag: Dr. Steger.» Nur nebenbei möchte ich erwähnen, daß nur zwei der abgebildeten Zeichnungen von denen stammen, die die Lehrerin auch tatsächlich aufgehängt hatte.

In der Zwischenzeit hatte die Solidarität der Saubermänner in diesem Land schon geklappt, meine Damen und Herren, denn Ulrike Jussel erfuhr am 23. April, an dem Tag, an dem sie mit Frau Larcher aus Innsbruck zusammengetroffen war, daß sie bei der Bischöflichen Caritas in Feldkirch nicht als Sozialarbeiterin eingestellt werden könne. Begründet wurde dies damit, daß die Caritas dem Land nicht in den Rücken fallen könne.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, ohne Emotionen (Heiterkeit bei der ÖVP) Herr Waibel auf einige schmerzhaft Weichstellen der Schulabteilung hinzuweisen. Ich teile nämlich voll und ganz die Sorgen eines Junglehrers, der in einem Leserbrief zum «Fall Gasser» schrieb: «Eine mehr beratende als verurteilende Haltung der Behörden gegenüber dieser Lehrerin wäre wohl angepaßter gewesen, vor allem auch wegen der vielen anderen Lehrerinnen und Lehrer, die durch das Vorgehen der Behörden in schwere Konflikte zwischen Erziehungsauftrag, Umweltrealität der Schüler und Sanktionsmacht der Behörde geraten können.»

Ich darf aber noch kurz darauf hinweisen, meine Damen und Herren, warum ich den «Fall Gasser» auch für einen «Fall Keßler» halte. Sehen Sie, Herr Dr. Keßler, Sie haben in einer Pressekonferenz voller Stolz erklärt, Sie hätten den Fall mit der Entlassung der Lehrerin aus dem Schuldienst an sich gezogen. Sie hätten es sich nicht leicht gemacht und Sie seien zu der Überzeugung gelangt, nachdem die Kündigung der Lehrerin bereits ausgesprochen war, Sie seien zu der Überzeugung gekommen: Man sollte doch Gras darüber wachsen lassen. Man sollte Gras darüber wachsen lassen. Glauben Sie im Ernst, meine Damen und Herren, daß die Vorarlberger einen Landeshauptmann wählen,

damit er Gras über die brennendsten gesellschaftlichen Probleme wachsen läßt?

Und während Sie, Herr Landeshauptmann, über die Fehlentscheidungen der Landesregierung Gras wachsen lassen wollen, hört der Vorstand der Schulabteilung schon wieder das Gras wachsen. Denn er hat der Lehrerin Ulrike Jussel am 10. März ins Gesicht gesagt, ihr Unterricht gehe in die Richtung der Neuen Linken. So könne sie in Hessen oder in Schweden unterrichten, aber wir in Vorarlberg, wir seien Gott sei Dank noch nicht so weit. In der Antwort auf unsere Anfrage führt nun Dipl.-Vw. Gasser aus: Der Beamte ist der Ansicht gewesen, daß die Feststellung, wonach der Unterricht der Ulrike Jussel auf der Linie der Neuen Linken liege, auf Grund des Studiums verschiedener Fachartikel und Bücher über die Neue Linke gerechtfertigt sei. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Werk von Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brezinka. «Die Pädagogik der Neuen Linken». Sehen Sie, Herr Landesrat, ich halte dieses Buch für eines der überflüssigsten Bücher, das je geschrieben wurde. Ich halte es deshalb für unnützlich, weil ausgerechnet Prof. Brezinka, der Ordinarius für Erziehungswissenschaft, immer wieder Schwierigkeiten mit seinen jungen Studenten hat, was ich nicht gerade als Empfehlung für einen Pädagogikprofessor ansehe. Seine Bücher sind fast so umstritten wie Ihre Schulpolitik — und das heißt schon was.

Es ist natürlich Ihr volles Recht, Herr Landesrat, dieses Buch anzuführen. Nur sollten es Sie und Ihre Beamten auch zu Ende lesen, denn am Schluß schreibt selbst der konservative Herr Professor — und ich darf ganz sicher mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten aus diesem braven Büchlein zitieren: «Unsere Kinder und Jugendlichen haben schon unter den Mängeln der Schule und anderer Erziehungseinrichtungen zu leiden gehabt, als es noch keine Neue Linke gab. Wir haben keinen Grund, mit der Erziehungspraktik, wie sie ist, zufrieden zu sein, sondern wir müssen vieles daran verbessern. Das kann aber nicht durch einen radikalen Bruch mit allem Bestehenden geschehen, sondern nur durch geduldige Arbeit an konkreten Einzelproblemen, im Geist der Freiheit, der selbstkritischen Vernunft», Herr Landesrat, «und der Toleranz, wie er einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft entspricht, die auch in Zukunft frei bleiben will.» Diese selbstkritische Vernunft und diese Toleranz, die suche ich in der Landesregierung vergebens. Und es ist das größte Armutszeugnis für die Schulpolitik in Vorarlberg, daß ihr Kurs noch konservativer ist als der des konservativen Brezinka.

Meine Damen und Herren! Ich könnte fast glauben, daß Peter Handke vor wenigen Tagen die Vorarlberger Schulpolitik vor Augen hatte, als er seine «Vorläufigen Bemerkungen zum Staatsvertrag»

verfaßte. Er schrieb nämlich, daß man sich in Österreich auch nach dem Staatsvertrag nicht frei fühlen könne, daß geheime Besatzungsmächte am Werk seien, die eine mörderische Gewalt ausübten. (Zwischenruf EB: Wahrscheinlich bei der SPÖ! — Heiterkeit.) Was er kritisiert, ist der geistige Druck des Provinziellen, Herr Abg. EB, der manch Denkendem das Heimatland zu verleiden droht. Und wenn die Vorarlberger Schulabteilung überhaupt etwas meisterhaft betreibt, dann ist es dieser geistige Druck des Provinziellen, der unserem Land schon so oft geschadet hat.

Präsident: Nun ist die Frau Abg. Salzgeber zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Salzgeber: Hohes Haus, sehr geehrte Dame, meine Herren! Der bedauerliche Fall «Ulrike Jussel» kann nicht für sich allein als eine Einzelentgleisung gesehen werden, sondern muß im Zusammenhang mit einer gefährlichen Entwicklung verstanden sein. Man würde Frau Jussel unterschätzen, es als Gedankenlosigkeit hinzustellen, was Teil einer ganz bestimmten Einstellung ist. Sie hat den Beruf der Erzieherin gewählt, um die ihr anvertrauten Kinder zu fördern und sie zu tüchtigen und verantwortungsbewußten Menschen heranzuziehen. Was aber darunter verstanden wird, hängt von den Werturteilen der Person ab, die erzieht, bzw. von der Weltanschauung und den moralischen Normen der Gruppe, der der Erzieher angehört.

Die Aussage von Frau Jussel enthält zwei bemerkenswerte Fakten. Bei Durchsicht der Zeichnungen, so sagt sie, habe sie nicht auf den Inhalt, sondern auf die Gestaltung geachtet. Nach dem Ablauf der Stunde zu schließen, wußte sie also um die Vorgänge und wußte auch, daß es den Kindern nicht um den zeichnerischen Ausdruck ging, sondern um eine Machtprobe. Es ist nicht anzunehmen, daß Frau Jussel der Inhalt der Blätter nicht interessierte, zumal ihr Verhalten, das Gelächter während der Stunde den Kindern Auftakt gab, ihre Schmierereien zu produzieren, denn den Kindern ging es nicht um die Form, sondern um den Inhalt. Ob ein Reizwort gegeben wurde, kann ich nicht sagen, daß aber die erste Gelegenheit benützt wurde, auf eine Enthemmung hinzuarbeiten, den Kindern das Gefühl zu geben, frei zu sein und sich gegen die Auffassung anderer Lehrer und der Eltern stellen zu dürfen, das steht fest.

Der Vorgang hat mit Sexualerziehung nichts zu tun. Er schaffte aber eine völlig geänderte Einstellung zum Sexbereich. Hier erfolgte ein unerhörter Einbruch in Elternrechte; denn ein Unterricht, der in seiner Gestaltung den Vorstellungen der Erziehungsberechtigten so zuwiderläuft und das Elternrecht auf einen wertgebundenen Unterricht so mißachtet, muß schärfstens abgelehnt werden. Es sei auf Sigmund Freud hingewiesen, der sagt: «Aufgabe der Erziehung ist es, egoistische Bedürfnisse zu zügeln und ihnen zu helfen, sich nach dem Realitätsprinzip und nicht nach dem Lustprinzip zu richten.» Es stimmt

einfach nicht, daß Kinder, die man von überholten Normen befreit, zur Mündigkeit und zur Freiheit gelangen. Es erfolgt lediglich die Hinwendung zu anderen Autoritäten. Und da dies in den meisten Fällen der Sozialismus ist, kann ich verstehen, daß Verhaltensweisen wie bei Frau Jussel dessen Billigung finden. Die Aussage, daß die Mädchen mit Spaß und Freude gearbeitet hätten, bietet dann den Schlüssel zur Erklärung, wie es zu dieser Verhaltensweise kommen konnte.

Frau Jussel dürfte jener Richtung angehören, die der emanzipatorischen Erziehung das Wort spricht. Die Kinder sollen von der überflüssigen Autorität der Erwachsenen befreit werden, Tabus werden aufgehoben, und die Idee des Gewährenlassens soll ihnen das Gefühl der Freiheit geben. Auf keinem Gebiete aber fühlen sich junge Menschen so unter Druck, wie auf dem sexuellen. Es kann daher nicht wundern, daß es ihnen Spaß und Freude machte auszubrechen, und daß sie wie Frau Jussel erklärte, mit Freude arbeiteten. Das Bild ihrer Schulstunde zeigte extreme Toleranz gegenüber einem Fehlverhalten, zeigte aber auch eine Ablehnung der Vermittlung kultureller Inhalte. Jene Herdenmentalität, die von den aggressiven Schülern entwickelt wurde, mußte einen Konflikt mit den Eltern herbeiführen. Frau Jussel mußte dies wissen. Trotzdem behauptete sie, richtig gehandelt zu haben und wieder so zu handeln. Vielleicht hat sie O'Neill studiert, der feststellte: «Hebt die Unterdrückung des Sex auf, und die Jugend wird für die Obrigkeit verloren sein!» oder Gamm, der sagt: «Die wichtigste sozialpädagogische Arbeit der Schule ist das Lernen der Liebe.» Wo aber bleibt die Weisheit Freud's, den ich zitieren darf: «Sexuelle Betätigung macht das Kind unerziehbar.»

Daß in keiner Weise den Vorgängen gesteuert wurde, lag wohl an der Auffassung, daß eine verdrängte Sexualität in der Jugend zu Neurosen führe. Leider wurde der zweite Teil dieser Freud'schen Theorie nicht in Erwägung gezogen, daß Triebeinschränkung für die seelische Gesundheit ebenso notwendig sei. Es wurde in dieser Stunde ganz bewußt der Versuch gestartet, Sex klassenfähig zu machen. Daß es in dieser unkindlich gemeinen Art geschah, kann nicht hingenommen werden. Golo Mann, gewiß ein unverdächtiger Genosse, sagt: «Das junge Gedächtnis ist stark. Es behält auch das Gemeine und wird dann für den ganzen Rest des Lebens davon belästigt.» Auch jene Schülerinnen, denen es fern lag, mit Straßenausdrücken sexuellen Inhalts das Zeichenblatt zu beschmieren, wurden durch die Vorgangsweise von Frau Jussel damit belastet.

Sexuelle Erziehung im Sinne der Aufklärung kann nie wertfrei sein. Man kann den Kindern nicht die unentbehrliche Stütze eines wertbezogenen Unterrichtes nehmen, sonst laufen sie jedem wohlausehenden Rattenfänger ins Verderben nach. Es ist aber bewußte Strategie der Linken, die Jugend durch

Sexfreiheit zu gewinnen. Mit dem Argument, Moral sei den wahren Bedürfnissen des Menschen zuwider und eine Sexualerziehung durch die Eltern erfolge äußerst mangelhaft, nimmt die Schule das Recht für sich in Anspruch, die Kinder aufzuklären. Dagegen wäre im allgemeinen nichts einzuwenden, würde sich der Unterricht auf das biologische Wissen beschränken. Die Kinder sollen aber beim Schulaustritt über alle sexuellen Fragen, über Schwangerschaftsverhütung, aber auch über die Perversitäten Bescheid wissen. Und wozu? In Schweden ist seit Einführung des Sexualunterrichtes die Zahl der Kinder, die verfrüht mit sexuellen Praktiken beginnen, von 40% auf 75% gestiegen. Wenn man dieses Faktum auch nicht als Erfolg des Sexualunterrichtes gelten lassen will, kann man aber nicht leugnen, daß er es nicht verhindern konnte. Die Grenze zwischen sexueller Aufklärung und sexueller Bedarfsweckung ist hauchdünn. Ist es nicht erschütternd genug, daß elf- bis zwölfjährige Mädchen als Zentralthema einer bildnerischen Gestaltung eines Zeichenblattes Sexausdrücke ordinärster Art gebrauchen? Aber noch vielmehr muß es erschüttern, wenn eine Lehrperson das Handeln der Kinder für richtig findet und zu Protokoll gibt, sie werde wieder so handeln.

Wäre es Ihnen, meine Herren, in Ihren eigenen Familien recht, kämen Ihre eigenen Töchter mit diesen Zoten nach Hause und würden Ihnen sagen, das durften wir in der Schule aufschreiben? Es wurde nicht gerügt, die Lehrerin hat gelacht und hat die Blätter sogar noch öffentlich aufgehängt. Die Kinderzeit, die dem Lernen und dem Spiel gehören sollte, wird belastet von der Schmutzflut, die die Einstellung des werdenden Menschen entscheidend manipuliert. In den Zeichnungen kam zum Ausdruck, daß eine Anzahl von Mädchen über eine erschreckende Vielzahl zotiger Ausdrücke verfügte, sich auch bewußt war, diese Ausdrücke normalerweise nicht gebrauchen zu dürfen! durch das Verhalten der Lehrerin jedoch aufgemuntert worden waren, sie niederzuschreiben. Daß auch Lehrpersonen in den widerlichen Schmutz gezogen wurden, ist bekannt.

Statt nun im Anschluß an die Zeichnungen die Kinder behutsam davon zu überzeugen, daß Sex etwas verantwortungsvolles ist und alles, was damit zusammenhängt, in sauberer Art ausgedrückt werden kann, stellte Frau Jussel die schmutzigen und diskriminierenden Blätter kommentarlos aus. Es liegt wohl auf der Linie ihres Kreises, daß Begriffe, wie Verantwortung, Zucht, Ordnung, Anstand und Sitte, als erkonservativ abgetan werden. Daß der Verlust dieser Begriffe einerseits zu einer Denkeinschränkung führt, andererseits aber Antiautorität und Aggressivität wecken, ist gewollt und entspricht den Rahmenrichtlinien Hessens.

So ist die Zeichenstunde Frau Jussels kein Beitrag zur Aufdeckung konkreter Mängel, wie mangelndes Wissen über Sexualität, vorhandener Komplexe, sondern eine gesellschaftsfeindliche Propaganda, gerichtet gegen Verhaltensnormen und Elternrechte, aber auch gegen

das österreichische Schulgesetz, das auch für Frau Jussel bindend sein muß. Die Lösung sogenannter Tabus ist zugleich eine Lösung von den Institutionen Ehe und Familie, und hier liegt für uns der Schwerpunkt.

Es geht uns nicht um den «Fall Ulrike Jussel», sondern um das Prinzip, um die Wahrung gesetzlich verankerter Werte, um das Elternrecht, über dem Wohl der Kinder zu wachen, und um die Kinder selbst. Wir fordern von der Lehrerbildung, daß sie Lehrer heranbildet, die diesen Grundforderungen und Grundprinzipien Rechnung tragen, und wir wollen Lehrer, die sich bewußt sind, eine sozialetische Aufgabe zu haben. Wir selbst aber tragen die Verantwortung vor Gott, der uns die Kinder anvertraute, vor unserer Mitwelt, die einmal charaktervolle Mitbürger braucht. Vor allem aber tragen wir die Verantwortung für unsere Kinder, um deren glückliche Entwicklung es geht.

Präsident: Nun ist Herr Vizepräsident Prof. Heinzle zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Mag. Heinzle: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Sigmund Freud, dem großen österreichischen Arzt und Begründer der Psychoanalyse — er wurde heute bereits zitiert —, wissen wir, daß die Verdrängung von Triebregungen im Kindesalter zu seelischen Erkrankungen im Erwachsenenalter führen können. Die Sexualmoral des 19. und 20. Jahrhunderts hat auf diesem Gebiet viel Unheil angerichtet. Heute haben wir, nicht zuletzt dank dem Lebenswerk Sigmund Freud's, im großen und ganzen eine natürlichere und ungezwungenere Einstellung dem Geschlechtlichen gegenüber. Offene Sexualaufklärung in Familie und Schule gehört schon weitgehend zum Alltag oder ist zumindest eine alltägliche Forderung. Ja man muß sich fragen, ob die Sexwelle in Mode und Massenmedien, das kommerzielle Ausnützen sexueller Triebbedürfnisse nicht schon ins andere Extrem ausgeschlagen hat, in jenes Extrem, das wiederum zu seelischen Schädigungen führt. Christa Meves schreibt in ihrem Buch «Erziehung zur Reife und Verantwortung»: «Wir besitzen aus der Praxiserfahrung hinreichendes Material darüber, daß Kinder, die bedenkenlos mit Sexualität konfrontiert oder sexuell mißbraucht wurden, als Jugendliche oder Erwachsene unüberwindliche Genitalangst entwickeln. Da Ekel, Abscheu und Verdrängung von Sexualität auch entstehen können, wenn Kinder im Übermaß und zur Unzeit mit ihr konfrontiert werden, dürfte es eine legitime Prognose sein, daß wir mit einer gewaltigen Zunahme der Hysterien und damit der Ablenkung von Sexualität zu rechnen hätten, wenn unsere unnatürliche Natürlichkeit zur kollektiven Norm erhoben werden sollte.» Und sie schreibt weiter: «Eine vernünftige Sexualaufklärung sollte wohl die Unkenntnis bekämpfen, aber nicht zugleich die Scham abbauen. Sie sollte sie vielmehr achten und in ihrem existenziellen Wert erkennen

helfen. Das ist nicht das Gebot eines verstiegenen und idealisierenden Humanismus, sondern die klare Folge der Einsicht in biologische und psychologische Zusammenhänge. Ein Mensch ohne Schamgefühl ist ein seelischer Krüppel, weniger gerüstet für ein menschenwürdiges Dasein als einer, der ungenügend Kenntnisse über das Sexualleben besitzt.» Soweit die zitierte Autorin.

Was wollte Ulrike Jussel in ihrer Zeichenstunde? Was wollte sie, als sie offensichtlich lustvoll und immer wieder lachend beobachtete, wie die Kinder die Vulgäusdrücke niederschrieben, zum Teil in Verbindung mit den Namen von Schülerinnen und Lehrpersonen, zum Teil in Verbindung mit Wörtern aus dem kriminellen Bereich, wie «vögeln, Vergewaltigung, Hure, Mord, nacktes Weib, Rauschgift, Seckel, Sexualverbrechen»? Wollte die 22-jährige Lehrerin Psychotherapie betreiben im Sinne eines mißverstandenen Sigmund Freud? Glaubte sie auf diesem Wege die Kinder zu einem natürlichen Verständnis und zu einer ungezwungenen Haltung der Sexualität gegenüber führen zu können? Was wollte sie, trotz der Bedenken einer Schülerin, mit dem exhibitionistischen Zurschaustellen der Blätter nach der Stunde, was sie später als einen Fehler bezeichnete? Das eine dürfte sicher sein, daß sie zumindest in diesen beiden Unterrichtsstunden, die ihrer Erziehung anbefohlenen Kinder, wenn nicht bewußt manipuliert, so doch zu einem gefährlichen Experiment mißbraucht und ihre Pflicht als Lehrerin gröblich verletzt hat.

Wer ist Ulrike Jussel? Die «Vorarlberger Nachrichten» beschreiben sie am 17.5.1975 als eine junge Dame, die offen und unbefangen über das Geschehene und Erlebte erzählt, keine Arroganz — so heißt es —, eher Bescheidenheit. Die «Südtagespost» vom 20.4.1975 bezeichnet sie als eine «Märtyrerin der Linken». Der «Stern» vom 7. Mai 1975 bringt Ulrike Jussel im Bild in der Haltung einer Frauenrechtskämpferin, mit beiden Händen in den Hosentaschen, und er hält sie in einem begleitenden Artikel mit der Überschrift «Frau Lehrerin, was ist eine Gummifut?» für eine besondere pädagogische Begabung, der es schon nach zwei Monaten gelungen sei, daß die Kinder solche Fragen stellen und die sachlich und ohne rot zu werden solche Fragen beantworte. Ist Ulrike Jussel, indem sie Disziplinlosigkeit in der Klasse mit Vertrauen verwechselte, nur ein Opfer ihrer pädagogischen Unerfahrenheit und mangelnder Kenntnis der Schulgesetze und Dienstvorschriften? Und sollte man ihr angesichts ihrer Jugend und Unerfahrenheit weiterhin jene Narrenfreiheit gewähren, die sie auch ihren zwölfjährigen Schülerinnen gewährte, oder ist sie eine bewußte Vertreterin der Neuen Linken, die mit der Erziehung zur sexuellen Hemmungslosigkeit ein bekanntes Mittel zum politischen Zweck der Systemüberwindung, der Untergrabung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung anwendet? Ich kann, meine Damen und Herren, die Antwort auf diese

Fragen nicht geben, weil ich weder Ulrike Jussel noch ihre Motivation kenne.

Der Professor der Erziehungswissenschaft an der Universität Konstanz, Wolfgang Brezinka, hat vor zehn Monaten ein über 250 Seiten starkes lesenswertes Buch über die Pädagogik der Neuen Linken mit dem Titel «Erziehung und Kulturrevolution» geschrieben. Es tut mir leid, daß der Kollege Dr. Häfele aus der falschen Broschüre zitiert hat. Es ist nicht die (Zwischenruf Dr. Häfele: Es ist eine 2. Auflage!), es ist nicht nur eine 2. Auflage, sondern es ist etwas ganz anderes, wesentlich umfangreicheres. Und daß Sie das Buch natürlich für überflüssig halten, wundert mich nicht, und daß es umstritten ist, glaube ich auch, wenn man weiß, daß heute der pädagogische Büchermarkt, insbesondere auf dem Sektor der Taschenbücher, ja von der Neuen Linken total beherrscht wird. Er bezeichnet in diesem Buch die Neue Linke als eine der einflußreichsten weltanschaulich-politischen Bewegungen der Gegenwart, die auf dem Weg über radikale Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung und durch Systemüberwindung eine nicht klar definierte herrschaftsfreie Gesellschaft mit einem neuen Menschen anstrebe. Wesentlich in ihrer Strategie sei die Bewußtseinsänderung der Bevölkerung durch Erziehung, die Zerstörung der traditionellen Bindungen durch eine kritische oder emanzipatorische Pädagogik. Die Neue Linke — der Name taucht übrigens erstmals 1959 in Oxford in der englischen Form «NEW LEFT» auf — sei aus dem Überfluß der liberalen Wohlstandsgesellschaft entstanden, besonders in den USA, sei international aus kleinen sozialistischen Zirkeln hervorgegangen, Gründer und Anhänger seien Intellektuelle, Studenten und Schüler. «Die Neue Linke behauptet nun» — so schreibt Brezinka —, «daß zwischen autoritärer Gesellschaftsordnung und dem Verbot sexueller Betätigung für Kinder und Jugendliche ein ursächlicher Zusammenhang bestehe.» Sie stütze sich dabei auf die Hypothesen von Wilhelm Reich, der in der Sexualmoral und im religiösen Mystizismus die inneren Mächte gesehen hat, welche den Menschen im Zustand der Hörigkeit und Selbstunterwerfung halten. Alexander O'Neill, ein Neuer Linker, schreibt 1969 — meine Kollegin hat ihn bereits zitiert —: «Hebt die Unterdrückung der Sexualität auf und die Jugend wird für die Obrigkeit verloren sein!» Hans Jochen Gamm, bekannter Vertreter der Pädagogik der Neuen Linken, schreibt 1970 in seiner Zeitschrift für die Emanzipation von Lehrern und Schülern, Seite 78: «Die Schule hat das Lernen der Liebe zu ihrer wichtigsten sozialpädagogischen Aufgabe zu machen. Zu diesem Zweck soll sie Räume schaffen, in denen die Schüler beider Geschlechter unkontrolliert verweilen können und die Möglichkeit erotischer Kommunikation besitzen.» Die Reihe der Zitate aus der Literatur der Neuen Linken zum Thema «Kampf für die Freiheit zur ungehemmten sexuellen Triebbefriedigung» könnte weiter fortgesetzt werden, da

Brezinka in seinem Buch und dem angefügten wissenschaftlichen Apparat eine Fülle weiterer Belege liefert.

Ich will nun Ulrike Jussel nicht unrecht tun und ihr auch kein System unterstellen, um mit Dr. Häfele zu sprechen. Aber die Ähnlichkeit zwischen dem, was sie in der Mädchenhauptschule in Dornbirn zuließ oder förderte, als überdurchschnittlich intelligente junge Frau, und der bewußten Taktik der Neuen Linken ist doch nicht zu übersehen. Die Pflichten und Aufgaben des österreichischen Schulunterrichtsgesetz des Bundes, das am 1. September 1974 in Kraft trat, festgelegt. Der Lehrer hat in eigenständiger und verantwortlicher Unterrichts- und Erziehungsarbeit an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken. Er hat die Jugend mit dem für das Leben und den zukünftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbsttätigen Bildungserwerb zu erziehen. Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewußten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen und befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken. Angesichts dieses Gesetzesauftrages und im Interesse der Kinder unseres Landes und im Interesse der Eltern, denen auch nach dem neuen Gesetz das primäre Erziehungsrecht zusteht, blieb der zuständigen Schulbehörde unseres Landes nichts anderes übrig, als Ulrike Jussel aus dem Schuldienst zu entlassen.

Präsident: Danke! Nun ist der Herr Abg. Mag. Neururer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Mag. Neururer: Hoher Landtag! Im Schreiben der Schulabteilung der Vorarlberger Landesregierung vom 21. April 1975, das an die Lehrerinnen und Lehrer Vorarlbergs erging, ist von einem pädagogischen Fachgutachten — auf Seite 3 steht dies — die Rede, in welchem man Frau Jussel vorwirft, sie hätte die Kinder in ihrem sittlichen Urteil verunsichert und das sittliche Empfinden der ihr anvertrauten Kinder gröblich verletzt. Meine Frage ist nun, wer hat dieses pädagogische Fachgutachten erstellt, waren dies Leute aus dem 17. Jahrhundert? Wenn man nämlich die Zeichenblätter anschaut, erkennt man, mit welchen Problemen heute die zwölfjährigen Kinder ringen. Für einen echten Pädagogen oder einen Psychologen eine wahre Fundgrube. Verunsichert wurden die Kinder aber nicht durch eine modern denkende Lehrerin, sondern durch

eine antiquierte Schulbehörde, welche nicht auf die Probleme dieser Kinder eingeht. Hier hat meines Erachtens die Schule versagt. Eine Diskussion mit den Kindern über die in den Zeichenblättern enthaltenen Ausdrücke wäre dringend notwendig. Wenn bei mehr als einem Drittel der Schülerinnen der Sex zum zentralen Thema wurde, erkennt man, was in diesen Kindern vorgeht.

Hoher Landtag! Die Suspendierung von Frau Jussel erfolgte, ohne daß der Direktor oder der Bezirksschulinspektor vorher mit ihr gesprochen hatten. Das ist in meinen Augen eine absolut inkorrekte, unübliche Vorgangsweise. Meines Erachtens hätte der Direktor die Pflicht gehabt, zuerst einmal mit ihr darüber zu reden. Ich bin daher der Auffassung, daß auch der Direktor wegen dieses unpädagogischen Verhaltens — ich drücke mich hier nicht stärker aus — gerügt werden hätte müssen. Mir ist ein Fall an einer anderen Schule bekannt, ein ähnlicher Fall, wo der Direktor intern und in gütlicher Aussprache diese Sache bereinigt hat, ohne daß man viel Aufhebens machte.

Nächstes: der Bescheid über die vorläufige Suspendierung basierte auf einer unwahren Behauptung. Es hieß darin, daß Frau Jussel als Lehrerin der Mädchenhauptschule Dornbirn-Hatlerdorf Schülerinnen der 2. Klasse/Hauptschule im Zeichenunterricht zur Herstellung ordinärer und obszöner Schriftzeichnungen veranlaßt habe. Dies stellte sich dann als unwahr heraus. Sie hat sie nicht dazu veranlaßt. Trotzdem wurde sie gekündigt. Zweifellos war es ein Fehler, die Zeichenblätter aufzuhängen. Aber ihr Inhalt beweist, daß der Sexualkundeunterricht an unseren Pflichtschulen nicht viel wert ist.

Übrigens noch etwas Interessantes: Alles kritisiert nur die Sexuausdrücke, aber Worte, wie Rauschgift, Hasch, Mord, Sexualverbrechen, Vergewaltigung auf diesen Zeichenblättern müßten vielmehr zu Überlegungen Anlaß geben, welcher psychischen Situation heute schon (Zwischenruf Jäger: Host net zug'hört . . .!) die zwölfjährigen Mädchen ausgesetzt sind.

Und nun zur jungen Lehrerin selbst. Wegen eines solchen Vergehens eine junge Lehrerin, die sich erst zwei Monate im Schuldienst befand, brotlos zu machen, meine Damen und Herren, erinnert etwas an Inquisition. — Übrigens darf ich darauf hinweisen, vor genau 300 Jahren, nämlich im Jahre 1675, ist in Vorarlberg die letzte Hexe verbrannt worden, angeblich weil sie im Winter Blumen zum Blühen gebracht hat. Heute geht man zwar etwas humaner vor. Man verbrennt jene Frauen nicht mehr, welche nicht ganz einer gewissen konservativen Norm entsprechen, aber man macht sie brotlos.

In den letzten Monaten hat die ÖVP einige sehr bedenkliche Fakten gesetzt, die geeignet sind, die bürgerlichen Freiheiten unseres Landes zu bedrohen. Angefangen hat es damit, daß Landeshauptmann Dr. Keßler im September 1974 Bundeskanzler

Dr. Kreisky eine Diskussion mit der 7. und 8. Klasse des Feldkircher Gymnasiums verwehrt. Nach der Landtagswahl versuchte man der SPÖ vorzuschreiben, wen sie zum Landesrat vorschlagen dürfe und wen nicht. Weiters hat der Herr Landeshauptmann am Donnerstag vor Allerheiligen die Gendarmerie eingesetzt, um Geschäfte, die trotz Ladenschlußverordnung am Nachmittag offen hielten, zur Sperre zu bringen. Vorarlberg als Polizeistaat — auch eine Version! Und jetzt hat der Herr Landeshauptmann als Präsident des Landesschulrates einen neuerlichen Akt in dieser Richtung gesetzt. Man wollte es anscheinend diesen jungen, aufmüpfigen Lehrern einmal zeigen, man wollte ein Exempel statuieren und feuerte eine Lehrerein, die sich im Unterricht nicht ganz konventionell benommen hatte. Durch unser ganzes Pflichtschulwesen ziehen sich konservative Intoleranz und veraltetes autoritäres Denken wie ein schwarzer Faden. Man hat Frau Jussel gefeuert. Am Polytechnischen Lehrgang in Dornbirn sind drei junge von Idealismus beseelte Lehrer hinausgeekelt worden und im Montafon ist durch den Bezirksschulinspektor eine Buchausstellung für Eltern verboten worden. Die Vorarlberger ÖVP ist anscheinend auf Inquisitionskurs.

Präsident: Nun ist der Herr Abg. Dr. Kofler am Wort.

Dr. Kofler: Herr Präsident, Hohes Haus! Als einfacher Jurist und als Abgeordneter bin ich nicht in der Lage, gelehrte Zitate aus pädagogischen Werken zu zitieren. Ich will einfach das mitteilen, was die größte Zahl der Menschen in diesem Lande zu diesem Umstand denkt. (Zwischenruf Winder: Sind Sie die größte Zahl der Menschen?) Sie werden Ihre Antwort bekommen, Herr Kollege Winder! Ich glaube, dem Radiointerview von Fr. Jussel entnommen zu haben, daß sie sich dagegen verwehrt, ihren Fall zu verpolitisieren, weil dies für ihre künftige berufliche Entwicklung nur schädlich sein könne. Es blieb also einem Teil der sozialistischen Abgeordneten vorbehalten, durch diese Anfrage Fr. Jussel in die unangenehme Situation der öffentlichen Diffamierung zu bringen und nicht der verantwortlich handelnden Schulbehörde. Der wahre Gehalt der Anfrage, nämlich die Anerkennung einer von sittlichen Werten freien Unterrichtsgestaltung, zeigt wie kaum ein anderes Beispiel die divergierende Auffassung über Erziehung zwischen den Anfragenden und der ÖVP. Es gehört anscheinend zu den erklärten Zielen der Anfrager, die bewährte Methode, Kinder zu wertenden Menschen zu erziehen, in Frage zu stellen und durch eine Erziehung zu ersetzen, die frei ist von jeglicher sittlicher Wertvorstellung. Die künftige schulische Erziehung soll also ausschließlich nach den Vorstellungen irregleiteten pädagogischen Ehrgeizes gestaltet werden. Eine wertende Hilfestellung des Lehrers gegenüber dem Schüler ist abzulehnen, weil dadurch seine Fähigkeit zur freien Entscheidung negativ

beeinträchtigt werden könnte. Das Kind könnte von kaum mehr zu beseitigenden Komplexen befallen werden.

Hohes Haus! In diesem Land steht das Recht auf Erziehung den Eltern zu. Sie bestimmen in erster Linie die pädagogischen Grundsätze, nach denen ihre Kinder erzogen werden sollen: Sittlichkeit, Anstand, Fleiß und Ehrenhaftigkeit. Und die Schule hat sie bei der Verwirklichung dieser Grundsätze zu unterstützen. Und als Vater verwehre ich mich entschieden dagegen, daß in Zukunft die Erziehung meiner Kinder nach wertfreien Vorstellungen ausgeübt werden soll. Der Lehrer hat dem Schüler zu positiven Einstellungen gegenüber sittlichen und sozialen Werten zu verhelfen. Er soll Erzieher sein und nicht Kumpan zotenhafter Unterhaltungen und Darstellungen. Ich bin überzeugt, daß diese Auffassung auch von der Mehrheit der sozialistischen Eltern geteilt wird, auch auf die Gefahr hin, daß sie ebenso als ultrakonservativ, reaktionär und prüde eingestuft werden.

Präsident: Nun erteile ich das Wort dem Abg. Stadelmann.

Stadelmann: Hoher Landtag! Es ist von einem Abgeordneten gesagt worden, daß niemand mit der Lehrerin Ulrike Jussel gesprochen hätte, bevor sie nur Landesregierung gebeten worden sei (Zwischenruf Mag. Neururer: Nicht der Direktor und nicht der Schulinspektor. Ich bitte, das genau auseinanderzuhalten!) Es war aber in diesem Sinne zu verstehen. Sie wurde, bevor sie zur Landesregierung gebeten wurde, zu einem Gespräch mit dem Bezirksschulinspektor vorgeladen. Diese Aussprache hat stattgefunden. Wenn aber nun gesagt wird, daß der Doktor dieser Schule eine Rüge seitens der Schulbehörde erhalten müßte, weil er es vermieden hätte, mit der Lehrerin ins Gespräch zu kommen, dann kann das sicher eine Auffassung sein. Es gibt aber zu diesem Vorfall auch andere Auffassungen, nämlich die, daß sich die Lehrerin nach ihrer mehr als ungewöhnlichen Vorgangsweise selbst um eine Aussprache mit dem Direktor bemüht hätte. Die Lehrerin sah sich offensichtlich nicht veranlaßt, ihrerseits diesen Weg zu versuchen, da sie der Meinung ist — das wurde heute wiederholt dargestellt —, ihre Praktiken seien sowohl in gestalterischer als auch in erzieherischer Hinsicht ein Erfolg gewesen und sie würde den Unterricht bis auf das Aufhängen der Zeichnungen auch in Zukunft nicht anders gestalten. Dieser Meinung waren aber nicht die übrigen Lehrpersonen dieser Schule — bis auf einen Lehrer —, die sich von der genannten Unterrichtsmethode klar distanzieren, da sie zum Teil selbst, wie die Zeichnungen beweisen, und diese Zeichnungen noch zu verteidigen bedarf wirklich eines guten Humors, mit in die nicht mehr zumutbaren grafischen Darstellungen einbezogen wurden. Die Lehrpersonen dieser Schule fanden das Verhalten der Lehrerin ganz

einfach gesagt «aufreizend».

Nebenbei ist zu erwähnen, daß an diesem 6. März, vormittags wurden die fragwürdigen Zeichnungen mit den Schülerinnen gemacht, am Nachmittag, das war dem Lehrkörper bekannt, sollte diese Klasse nach Stundenplan zur Osterbeichte gehen. (Heiterkeit bei der SPÖ). Sie können darüber lachen, sicher, Sie können darüber lachen wie Sie wollen, den Eltern, und das möchte ich hiemit sagen, ist das Lachen dabei vergangen. Es wurde ihnen einfach zu bunt, und sie haben in einer Resolution mit 30 Unterschriften dies bei der Schule eingebracht und deutlich zu verstehen gegeben, daß sie ihre Kinder dieser Lehrerin nicht mehr anvertrauen würden. Vielleicht sind die Eltern so naiv zu meinen, daß auch in einem aufgeklärten Zeitalter Ehrfurcht, Tradition, Respekt und begründeter Gehorsam noch zu den notwendigen menschlichen Gesinnungen gehören sollen.

Im genannten Fall zeigten sich für die Eltern die Grenzen der Toleranz dort, wo die Kinder nach ihrer Auffassung gefährdet erschienen. Der weit überwiegende Teil der Eltern, und das hat sich bei diesem Vorfall gezeigt, war nicht nur um das leibliche Wohl, sondern auch um das seelische Wohl ihrer Kinder besorgt. Und es wurde von niemandem bestritten, auch nicht von den Eltern, daß Kinder im Schulalter der sexuellen Belastung ausgesetzt sind. Den Eltern geht es aber darum, daß die Kinder nicht nur um diese Dinge wissen, sondern daß sie sie möglichst zu bewältigen vermögen. Dazu bedarf es dem Kind gegenüber keiner Ausflüchte, wie wiederholt dargestellt wurde, aber Fragen und Antworten, so meinten die Eltern, hätten sich auf einem gewissen Niveau zu bewegen. Die saubere Art von Sexualerziehung ließ die genannte Zeichenstunde vermissen, selbst dann, wie auch heute schon gesagt wurde, die Schülerinnen dabei eine Mordhetz gehabt hätten. Und die Eltern trauen nicht jemanden, das haben sie erklärt, vielleicht sind sie auch zu konservativ dazu, wenn auf solche Art das Vertrauen der Kinder erworben werden will. Sie sind der Meinung, daß der Sexualunterricht, durch Lehrkräfte zu erfolgen hat, die dazu geeignet sind, weil Sexualerziehung nicht wertfrei und auch nicht aus der untersten Schublade bezogen werden kann.

Die Frage der Sexualerziehung des Kindes bleibt immer ein Anliegen für die Eltern, die Seelsorger und Lehrer, sie zum Besten des Kindes und seiner ganzen Persönlichkeit zu besorgen. Die daraus folgenden ethischen Werte zu untergraben oder sie immer in Frage zu stellen, bleibt den Illustrierten, und wie es heute aussieht, auch dem «Rufzeichen», dem Organ der sozialistischen Studentenschaft vorbehalten. Aber dennoch hoffen wir, daß um unserer Kinder und der Jugend wegen eine gemeinsame Basis anerkannt werden kann, um die sich dann niemand zu schämen braucht.

Präsident: Ich erteile nun das Wort Herrn Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Meine Damen und Herren! Ich ertappe mich heute dabei, daß ich trotz meiner bescheidenen Ansprüche der Landesregierung in Sachen Schulpolitik einfach zuviel zugetraut habe. Ich wollte mir einfach nicht vorstellen, daß ein Landesrat Gasser oder ein Landeshauptmann Keßler eine fortschrittliche Lehrerin aus dem Schuldienst schicken, daß die beiden dabei aber nicht einmal den Anschein erwecken wollen, als ob sie auch nur versucht hätten, die Problematik der betroffenen Schüler zu analysieren und aufzuarbeiten. Das ist es, was mich bei dieser Debatte so seltsam berührt.

Ich habe schon vor Jahren eine interessante Fallstudie gelesen, deren Ergebnisse den Beobachtungen von Ulrike Jussel gleichen wie ein Ei dem andern. Ich möchte sie Ihnen deshalb nicht vorenthalten, weil sie zeigt, wie man solche Probleme eigentlich sehen müßte. Dr. Norbert Kutalek, Professor an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien, und akademischer Maler Oskar Sebr, ebenfalls Professor an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien, haben sie unter dem Titel «Unsere Lera keraten alle umbrocht» in der «Freien Lehrerstimme», Jahrgang 79/1973, veröffentlicht. Ort des Geschehens war eine Wiener Hauptschule. Zufälligerweise handelt es sich ebenfalls um den 2. Zug einer zweiten Hauptschulklasse, wie bei der Lehrerin Ulrike Jussel.

Ein den Schülern unbekannter Lehrer suppliert in einer koedukativ geführten zweiten Hauptschulklasse. Schüler und Lehrer sehen einander zum ersten Mal, da es sich um Aushilfsunterricht handelt. Da in dieser Unterrichtseinheit ein anderer Gegenstand als bildnerische Erziehung eingesetzt war, kann nur mit dem üblichen Schreibwerkzeug gerechnet werden. Die knappe Zeit und die Unkenntnis des bildnerischen Bestandes der Klasse legen eine Schriftübung nahe. Nach einem kurzen einleitenden Gespräch, wie man für gewöhnlich Briefe formal abfaßt, werden gemeinsam andere Möglichkeiten, wie die Verbindung der Schrift mit Kreisen, Spiralen und Figuren erkundet. Die Schüler werden angeregt, einen Brief an eine geliebte oder gehaßte Person zu schreiben. Inhalt und Form sind also völlig freigestellt — wie bei Ulrike Jussel. Auf die optimale Lösung, bei der Inhalt und Form übereinstimmen, kommt es an. Die Anfragen der Schüler, ob sie verschiedene Schriftarten benützen dürfen, ob sie schimpfen dürfen, ob sie Rechtschreibfehler machen dürfen und vielleicht sogar mundartliche Ausdrücke aufnehmen könnten, werden positiv beantwortet. Sie werden aufgefordert, wirklich alles, was sie sich denken und was ihnen ein Anliegen ist, niederzuschreiben — wie bei Ulrike Jussel. Selbstverständlich sind auch Zeichnungen in den Textzeilen gestattet. Die Befürchtung, die Klassenvorstand könnte am Ende der Stunde die Briefe in die Hand bekommen, kann zerstreut werden. Die Schüler arbeiten sehr konzentriert, die Atmosphäre ist leicht erregt. Die Vielzahl

der angeschnittenen formalen Lösungen gestattet keine Beachtung der Inhalte während der Stunde — ähnlich wie bei der Lehrerin Ulrike Jussel.

Nun aber unterscheiden sich die beiden Fälle ein bißchen, denn bei unserer Fallstudie von Oskar Sebr und Norbert Kutalek sind Fachleute am Werk, sind pädagogisch gebildete Leute in der Schulverwaltung. Hier gibt es keinen Gasser, der kündigt, und keinen Keßler, der darüber Gras wachsen lassen will, und keinen Dr. Steger, der Vergleiche mit beschmierten Toilettentüren herstellt. Wie gesagt, hier sind Pädagogen am Werk. Da nun in unserer Fallstudie die Veröffentlichung dieser kindlichen Äußerungen leicht mißverstanden werden kann, erklären die beiden Professoren hier zuerst die Funktion dieser Veröffentlichung. Sie schreiben: «Die inhaltlichen und grafischen Aussagen einer kleinen Zahl fühlender, leidender und schwacher Kinder sollen unterstützt, sollen mehr Menschen ins Bewußtsein gehoben werden, als dies üblicherweise bei sprachlichen und graphischen Reaktionen von Kindern in der Schule der Fall ist.» Die Autoren erklären auch, daß sie damit nicht angreifen wollen, sondern nur zur Diskussion anregen wollen. Sie wollen auch nicht schockieren, sondern nur Nachdenken provozieren. Wer sich aber angegriffen und schockiert fühle, sollte Ihrer Meinung nach besonders eingehend darüber nachdenken.

Von 17 Kindern haben 15 ihre Briefe an die gehaßte Person und zwei an eine geliebte Person gerichtet. Ein Drittel der Briefe ist für Lehrer bestimmt. Alle sechs Briefe an Lehrer gelten ihnen als gehaßte Personen. Die Aufschlüsselung der niedergeschriebenen Aggressionen der Kinder ergibt, daß alle Briefe an die gehaßte Person verbale Aggressionen, also Beschimpfungen enthalten. Zwei Drittel nahmen physische Aggressionen wie Quälen und Ermorden in Anspruch. Die Hälfte benützt sexuelle Formen der Aggression. Von den sechs Kindern, die an Lehrer schrieben, verbalisierten drei neben sexuellen Aggressionen die gewünschte Ermordung von Lehrern. Unsere Lera keraten olle umbracht!

Interessant sind in unserer Fallstudie die Interpretationsversuche, die im Dornbirner Fall leider nicht mehr unternommen werden konnten, Herr Dr. Steger, weil nun eben mal nach Ansicht der Landesregierung das Beschmieren von Toilettentüren nicht interpretiert werden sollte. Ich habe bereits erwähnt, daß alle an die Lehrer gerichteten Briefe negativ ausfielen. Wenngleich der Begriff «Haß» bei Zwölfjährigen vermutlich ein anderes Bedeutungsfeld hat als bei Erwachsenen, so liegt hier nach Ansicht der Pädagogen ein deutliches Symptom vor für die Art des Erlebens des gesellschaftlichen Subsystems Schule im Bewußtsein von nicht wenigen Schülern des 2. Zuges einer Hauptschule.

Die wichtige Rolle genital orientierter Begriffe bei Kindern dieser Altersstufe ist Erziehern und Lehrern wohlbekannt. Weniger bekannt hingegen dürfte sein, daß die genitalen Begriffe häufig als Mittel der Aggression Verwendung finden.

Die augenscheinlich repressive Beziehung der Gesellschaft und damit der Schule zur Sexualität findet ihren Widerhall in der Anwendung entsprechender Begriffe durch die Kinder als Mittel der Aggression. Ich empfinde es deshalb (Zwischenruf: Das geht am Thema vorbei!) als pervers, Herr Landesrat, als pervers, eine Lehrerin aus dem Schuldienst zu entlassen, nur weil Gott sei Dank ihre Schülerinnen natürliche Reaktionen gezeigt haben. Und falls es wahr sein sollte, daß es Kinder von ehrenwerten Männern gibt, die diese natürlichen Reaktionen nicht zeigen, so könnte ich diesen Umstand nur bedauern.

Meine Damen und Herren! Die inhaltliche Analyse unserer Fallstudie — ich meine jene Fallstudie, die sich nicht in der geistigen Enge unserer Schulabteilung abgespielt hat — diese inhaltliche Analyse deckt zwei dominierende Problemkreise auf, nämlich Aggressionen gegen Schule und Lehrer und sexuelle Aggression. Die inhaltlichen Aussagen stehen in krassem Gegensatz zum äußeren Erscheinungsbild der Schüler. Der Pädagoge Kutalek und der akademische Maler Sebr haben dankenswerterweise für eine wissenschaftliche, praxisorientierte Auswertung auch jene Fragen, die sich im Zusammenhang mit den sicherlich schockierenden Aussagen aufdrängen, analysiert. Wie weit, so fragen sie, werden die Kinder von dem ihnen abverlangten Ordnungsrahmen zu Hause, auf dem Schulweg, auf dem Spielplatz, in der Schule usw. erdrückt? Wie sehr kann die Entlastungsfunktion der bildnerischen Erziehung mit herkömmlichen Themen wie Sagen, Märchen, Jahreszeiten usw. noch ernst genommen werden? Haben wirklich alle Wissensstoffe, die wir vermitteln, noch einen Wirklichkeitsbezug? Das sind Fragen, die sich eine ernstzunehmende Schulbehörde stellen müßte. Gelingt es uns, die Kinder zu motivieren und disziplinäre Sanktionen und Notendruck abzubauen? Und vor allem: Gelingt es unserem so aufgeklärten Zeitalter, die sexuelle Aufheizung, die als wirksames Mittel der Profitmaximierung eingesetzt wird, als plumpen Manipulationsmechanismus aufzudecken?

Dieser Beitrag, meine Damen und Herren, hat in pädagogischen Fachkreisen, ich betone, in pädagogischen Fachkreisen großes Aufsehen erregt. Er wurde als Frage an die Schule und an die dahinterstehende Gesellschaft aufgefaßt, als Frage im Namen der Kinder gestellt. Und Sie, Herr Landesrat, haben leider keine Antwort darauf geußt! Sie haben vielmehr wieder einmal den Seismographen für das Erdbeben verantwortlich gemacht und damit viele fortschrittliche Kräfte in unserem Land für längere Zeit verschüttet. (Zwischenruf Eß: Welches sind die fortschrittlichen Kräfte?) Herr Abgeordneter, ich rechne Sie nicht dazu!

Meine Damen, ich will nicht uncharmant sein (Zwischenruf: Das müssen Sie uns überlassen, die Beurteilung!), ich will nicht uncharmant sein, meine

Damen von der ÖVP, aber was mich an dieser Debatte bisher gestört hat, ist die Tatsache, daß Sie ausgerechnet mir als Junggesellen die Verteidigung einer ungerecht behandelten jungen Frau überlassen. Ich erinnere mich an den Landtagswahlkampf, liebe Frau Schönbichler (Zwischenrufe — Glocke des Präsidenten) ich erinnere mich an den Landtagswahlkampf, Frau Schönbichler, da haben Sie so wunderbar inseriert, die Interessen der Frauen würden nicht vom Postamt wahrgenommen werden, sondern von den ÖVP-Damen im Landtag. Nun, Frau Kollegin, ich würde Ihnen gerne den Platz hier vorne räumen und Sie ersuchen, doch auch Stellung zu nehmen, wenn es erstmals in dieser Periode im Vorarlberger Landtag konkret um die grundlegenden Rechte einer ungerecht behandelten Frau geht. Ich würde nicht nur (Zwischenruf Schönbichler), Frau Kollegin, ich würde nicht nur die Frau Elfriede Blaickner—Salzgeber ins Feuer schicken, deren Rede eigentlich nur den einen Schluß zuließ, daß eine (Zwischenruf; Des kann Dir wurscht sein!) Landtagspensionistin im Oberland strenge Pflingsten hinter sich hat! (Zwischenruf: Das ist eine Frechheit!)

Und falls bei Ihnen, Herr Landeshauptmann über die erste Fallstudie, die ich Ihnen hier gebracht habe, schon genügend Gras gewachsen ist, dann darf ich Ihnen -nun eine zweite Fallstudie zum Vergleich anbieten. (Zwischenruf Dr. Keßler: Dauert es noch sehr lange?) Sie haben leider im Fall Jussel auch sehr schnell entschieden. Wenn Sie sich vorher um diese Bücher bemüht hätten, dann hätten Sie jetzt viel weniger Ärger in diesem Land. (Zwischenruf Dr. Keßler) Herr Landeshauptmann, ich darf Ihnen einen Bericht aus einer katholischen Privatschule bringen. Vielleicht hilft der Ihnen weiter. Schüler eines katholischen Internates sollten im Unterricht zeichnen und aufschreiben, was ihnen über Sexualität einfiel. Das Ergebnis: Je verklemmter die Erziehung, desto pornographischer die Zeichnungen.

Der Eifer, mit dem die 13- und 14-jährigen ans Werk gingen, verblüffte den Kunsterzieher Julius Mende. Selten hat er eine Klasse so spontan und so intensiv arbeiten gesehen. Es lag an der ungewohnten Aufgabe, Sexualität war ihr Thema, das nicht näher präzisiert wurde. Die einzige Bedingung machte das Unternehmen zur Verschwörung: Der Lehrer hieß die Schüler, auf der anderen Blattseite harmlose Tarnzeichnungen herzustellen. Denn Mende befürchtete, daß ein Kollege oder eine Kollegin unverhofft in die Klasse kommen könnte, also vielleicht, daß quasi ein deutscher Gasser auftreten könnte.

Unter dem Titel «Schülersexualität» ist der Bericht jetzt erschienen. Die meisten Seiten sind mit den Sexzeichnungen von 60 Schülern gefüllt. Herr Landesrat, ich darf Ihnen den Buchtitel nochmals zum Mitschreiben ansagen: Julius Mende, Georg Dobrowich: «Schülersexualität». Ein kritisches Experiment zur Sexualpädagogik mit Interviews und Schülerzeichnungen. Joseph Melzer, Verlag, Frankfurt, 120 Seiten. (Zwischenruf Fritz: Preis? — Heiterkeit.)

Herr Bürgermeister Fritz, das Buch kostet nur 8 Mark und hätte der ÖVP in diesem Land viel Ärger erspart.

Der renommierte Berliner Sexologe Helmut Kentler schrieb das Vorwort. Er sieht in dieser Untersuchung eine nützliche Provokation der Sexualerziehung, denn die Autoren hätten endlich die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen. Was die Schüler zu sagen und zu malen wußten, ist laut Kentler zwar nicht im herkömmlichen Sinne repräsentativ, es handelt sich hier ja um die Jungen einer katholischen Privatschule. Aber ihre Zeichnungen seien durchaus typisch für 13- und 14jährige Jungen. Und die besondere Situation der katholischen Internatsschüler lasse dieses Typische sogar überdeutlich hervortreten, heißt es in diesem Buch, wie durch ein Vergrößerungsglas betrachtet.

An der Schule waren die Lehrer um eine möglichst totale Tabuierung sexueller Phänomene und Zusammenhänge bemüht. So mußten Mende und Dobrowich feststellen, daß die meisten Schüler ihre sexuellen Probleme mit keinem Erwachsenen besprechen konnten, ausgenommen waren allenfalls sie selber. Da Mende diese Sprachbarriere für das gravierendste Hindernis in der Verständigung hielt, ließ er die Jungen zeichnen, was sie sich unter Sexualität vorstellten. Die Jungen kapselten sich beim Zeichnen nicht voneinander ab, sondern bildeten spontan Gruppen. Sie sammelten sich um die einfallsreichsten Schüler, deren pornographische Zeichnungen bewundert und nachgeahmt wurden in der katholischen Privatschule. Als Mende jedoch später noch zweimal ähnliche Themen stellte, malten die Kinder zusehends lustloser — die Aggressionen hatten sich entladen.

Psychologe Kempler rechnet damit, daß viele Erwachsene — er kennt vielleicht auch unsere Situation — auf diese jugendlichen Offenbarungen in Wort und Bild schockartig reagieren und die Schuld den beiden Pädagogen anrechnen. Für die wichtigste Lehre, die Lehrer und Eltern und wohl auch Landesräte aus diesem Schülerbuch ziehen sollten, hält Kentler, daß Verbote nie bewirken, daß das Verbotene ausgerottet wird. Es zieht sich lediglich aus dem pädagogischen Einflußbereich zurück in einen Untergrund.

Meine Damen und Herren! Völlig unbedarfte Schulreferenten entlassen eine Lehrerin, die intuitiv das Richtige tut, obwohl sie vermutlich die entsprechende Fachliteratur gar nicht kennt. Dieser Umstand bringt mich dazu, dem «Stern-Magazin» recht zu geben, das in einer Auflage von 1 865 515 Stück dem europäischen Lesepublikum mitgeteilt hat: (Zwischenruf Jäger: Und der SPÖ nahesteht!) «Die Entlassung spricht für die Lehrerin Jussel und stellt den Vorarlberger Schulgewaltigen ein Armutszeugnis aus, das sie in die Nähe des pädagogischen Mittelalters rückt!»

Präsident: Ich erteile nun das Wort dem Abg.

Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Wenn ich auf die Uhr blicke, so darf ich feststellen, daß wir nun bald eineinhalb Stunden über den Fall Jussel sprechen, eine Privatperson, wie sie, glaube ich sonst im Landtag noch nie angezogen wurde. Es ist glaube ich ein Novum, daß wir hier vom Kollegen Häfele und auch teilweise von der ÖVP uns Vorlesungen halten lassen müssen über Dinge, die so direkt mit dem Fall Jussel sicherlich nichts zu tun haben. (Zwischenruf Winder: Dafür werden Sie bezahlt, daß Sie da sitzen!) — Glocke des Präsidenten) Herr Kollege Winder, ich empfehle Ihnen, (Zwischenruf Winder: Merken Sie sich das!) ich merke mir das, was ich hier höre, aber nicht allein von Ihnen (Zwischenruf Winder: Soweit kommts noch, daß wir uns von Ihnen die Zeit noch vorschreiben lassen! — Zwischenruf Jäger: Du bist ou scho davogloufa!). Ich stelle fest, Herr Kollege Winder, daß noch nie über eine Privatperson eine so lange Zeit im Landtag debattiert wurde, und zwar nicht zu ihrem Nutzen, sondern zu ihrem Schaden, das stelle ich hier ganz klipp und klar fest (Zwischenruf Winder: Für den Schaden sind Sie verantwortlich!). Herr Kollege Winder, ich stelle fest, daß Sie als politische Partei diesen Fall hochgejubelt haben und nicht wir, das sei auch klipp und klar erklärt (Zwischenruf: Sie hond nix me hoch z'jubla! — Glocke des Präsidenten) Aber bitte, lassen wir die Ruhe einkehren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf festhalten, daß der Fall Jussel uns hier deshalb beschäftigt, weil ich glaube Fehler nicht nur von einer Seite, sondern von mehreren Seiten gemacht wurden. Persönlich glaube ich, daß die Lehrerin Jussel sicherlich — und das hat sie auch in den Aussagen teilweise zugegeben — Fehler gemacht hat, die sie teilweise nicht mehr machen würde. Sie hat gewiß ein Handicap gehabt, daß vielleicht von sehen der Schulbehörden insgesamt nicht diese Hilfestellung da war, wie sie Kollege Neururer in einem anderen Fall angezogen hat. Das ist bedauerlich, wird aber der Schulbehörde vielleicht in Zukunft eine positive Lehre sein. Ich glaube, daß der dritte Fall, den ich bereits gesagt habe, der Grund ist, daß eben die Sozialistische Partei den Fall Jussel aufgezogen hat. Grundsätzlich darf man sagen, daß die Lehrerin Jussel eben zum politischen Spielball geworden ist, und das finden wir als Freiheitliche das Bedauerlichste. Es verunmöglicht nun glaube ich uns, der Lehrerin Jussel in Vorarlberg weiterzuarbeiten, denn das Land ist doch der einzige Dienstherr, der sie eben einstellen kann. Und wenn man noch weiters bedenkt, daß die Lehrerin Jussel nicht einmal zwei Monate im Schuldienst war, und es ist, wie Sie wissen, jedem jungen Menschen einmal eben möglich, einen Fehler zu machen. Wenn dies im ersten Monat oder im zweiten Monat passiert, dann sind solche Konsequenzen für diese Lehrerin Last. Man darf das als echten politischen Spielball bezeichnen oder krasser ausgedrückt, man ließ heute hier in diesem Landtag über die Klinge springen. Es hat sich sowohl die ÖVP

auf diese heutige Sitzung sehr beispielhaft vorbereitet und ich möchte hier Kollegin Salzgeber sicherlich für das interessante Referat meinen Dank abstaten, aber auf der anderen Seite glaube ich wird es für beide Parteien, sowohl für die ÖVP wie für die SPÖ, kaum mehr möglich sein, hier einen Kompromiß zu schließen, der zum Vorteil der Lehrerin spricht. Wir bedauern dies, hoffen aber doch, daß der Fall Jussel in den kommenden Jahren oder in der kommenden Gesetzgebungsperiode nicht in anderen Fällen hochgespielt wird, denn ich glaube, wir können sicherlich vom Prinzip her diese Dinge echt aussprechen. Aber ich glaube, es sollte nie dazu dienen, hier Personen derart penetrant in der Öffentlichkeit darzustellen, daß sie schlußendlich eine schwere Schädigung ihrer Persönlichkeit und ihres wirtschaftlichen Weiterkommens haben.

Präsident: Ich erteile nun das Wort dem Abg. Ludescher.

Ludescher: Hoher Landtag! Es ist bezeichnend, daß sozialistische Mandatäre diesen Fall Lehrerin Jussel hochgezogen haben.

Ich erinnere mich, als ich von einem Kollegen aus Wien erfuhr, daß es dort üblich sei, daß sozialistische Funktionäre ihre Kinder, soweit sie solche haben, mit Vorliebe in Konfessionsschulen unterbringen. Mir ist heute der Gedanke gekommen, sie wissen warum. Weil sie wollen, daß ihre Kinder nach einer Wertvorstellung erzogen werden sollen. Bei den Ausführungen des Dr. Häfele ist es mir in den Sinn gekommen, ein Mann, der in der Jugend oder in den Jugendjahren der freien Liebe frönt, will dann zur Ehe eine Dame oder ein Mädchel heiraten, das möglichst unberührt ist. Das ist eine Erfahrungstatsache; das ist nichts besonderes.

Aber jetzt das Resümee: Jedes Volk, das die Sitten lockert, geht früher oder später zugrunde, jedes Volk, auch das unsrige! Und ich bin der Auffassung, daß es ohne Zucht, Ordnung und Disziplin auch in unseren Schulen nicht geht. Die Früchte dieser gesellschaftlichen Freizügigkeit, die die Sozialisten jetzt anbahnen wollen, ernten wir noch zum teil, aber sicher die Zukunft. Und ich hoffe, daß mit dem heutigen Beitrag hier im Hause doch die Weichen für die Zukunft gestellt wurden.

Präsident: Nun ist der Herr Landesrat Dipl.-Vw. Gasser zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Gasser: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hoher Landtag! Wie wir aus den Wortmeldungen des Abg. Häfele bemerken konnten, war es seine «Stern»-stunde, wo er sich als lachender Sexualritter hier produzierte und leider einige bedauerliche Details am Rand nur vermerken konnte, und, was ich als besonders betrüblich halte, nun

wirklich einen Fall, welchen Namen er auch haben mag, daraus gemacht hat. Ich persönlich war immer der Auffassung und habe es auch derjenigen Person immer gesagt, ich wollte nie eine politische Sache damit verquickt wissen. Daß Sie aber, meine sehr geehrten Herren von der Sozialistischen Fraktion, es nun zu einem sozialistischen Fall gemacht haben, ist mir inzwischen klar geworden. Daß Sie damit aber der Person von Frau Jussel einen Bärendienst erwiesen haben, ist auch klar und wurde eindeutig auch in den Ausführungen des Kollegen Dr. Mader deponiert. Leute mit Gewissen hätten das nicht gemacht, ebenso nicht jemand, der sich einer Person gegenüber verpflichtet weiß, dem Persönlichen, das hintangehalten werden muß. Daß hier Akten ausgewälzt werden mußten, haben Sie durch eine Landtagsanfrage provoziert, wo man vorher in Güte die Sache hätte regeln können. Und daß Sie nun versuchen, eine Hetzjagd gegen verschiedene Beamte zu starten, ist ja in Ihrem Stil sowieso begründet. Und ich glaube auch, man darf das Ganze nun nicht hochstilisieren. Ich persönlich bin immer noch der Überzeugung, daß man dann, wenn man von gewissen Dingen abrückt, zu einer Lösung kommen könnte, Sie aber durch Ihre Handlungsweise die Sache durch die Verunglimpfung verschiedener Personen immer schwerer machen. Und wenn Sie hier sich anmaßen, Begriffe, wie «konservativ», zu interpretieren, so muß ich Ihnen doch das eine sagen, überlassen Sie das bitte uns, und solange Sie «konservativ» mit sauber und klar und eindeutig identifizieren, decken wir uns gerne in dieser Anschauung.

In der Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird immer wieder verschwiegen, daß das Anstößige an der Tätigkeit der Schülerinnen nicht das Niederschreiben von Wörtern, wie Hure, Seckel, Scheisse, nacktes Schwein usw., war, sondern deren Verbindung mit Namen von Schülerinnen und von Lehrpersonen: E und N im Bett, K ist ein Seckel, der und der Lehrer will ein Kind usw., er ist geil. Ich muß leider diese Dinge recht deutlich hier sagen. Es war vor allem diese Verbindung der Ausdrücke mit Namen, die zur Empörung sämtlicher Lehrer geführt hat und auch der Eltern, als sie dies erfuhren, weil dadurch das sittliche Empfinden auf das gröblichste verletzt wurde. Und hier muß ich doch auch das eine sagen, daß es das Grundprinzip des öffentlichen Unterrichts ist, daß er ein Unterricht für alle ist, nicht nur für eine Minderheit in einer Klasse. Er muß daher auf das Gewissen jedes einzelnen Rücksicht nehmen und ein vom Staat bestellter Erzieher muß diesen Grundsatz anerkennen, daß alle Überzeugungen der Bürger dieses Staates Achtung verdienen, und gerade die, die seinen eigenen, vielleicht auch Ihren widersprechen. Er darf sich diesen Überzeugungen gegenüber nicht dazu hergeben, die Sprache zu gebrauchen, die den anderen verächtlich machen könnte. Und er darf auch nicht sagen, lesen lassen oder auch hören lassen, was ein einziges dieser Kinder, einen einzigen Jugendlichen oder eine einzige der Familien, die ebenfalls ja mit betroffen sind und die letztlich dieser Lehrperson anvertraut sind, beleidigt

oder geradezu empört. Abgesehen von der Verbindung dieser genannten Vulgärausdrücke mit Namen von Schülern und Lehrern zeigt sich im Niederschreiben solcher Ausdrücke besonders, wenn sie noch von der Lehrerin an die Tafel geschrieben werden, eine Enttabuisierung und eine Enthemmung, die erzieherisch bedenklich ist. Man darf nicht alle Hemmungen, die, wie übrigens auch das Schamgefühl, immerhin vor gewissen Handlungen auch einen gewissen Schutz bedeuten, niederreißen, ohne sittliche Überzeugungen und von Menschen anerkannte verpflichtende Normen aufzubauen. Dies ist sicherlich ein langsamer und mühevoller Prozeß. Repressionsfreie Erziehung, meine Damen und Herren, die alle Hemmungen fallen läßt, führt nur allzu leicht in sittliche Unordnung, in der jene in letzter Zeit so oft genannten Konfliktsituationen entstehen, die treffenderweise der Herr Vizepräsident Heinzle dargestellt hat. Man denke nur an die Probleme, die sich an unseren Schulen hier abspielen. Und wenn immer wieder gesagt wird, daß die Unterrichtsstunde von Frau Jussel so erfolgreich war, weil die Kinder lustbetont arbeiteten und sie in ihrem Verhalten einen Beweis des Vertrauens zu ihr sieht, da muß man doch das eine sagen, die Lustbetontheit war deutlich verbunden mit dem Inhalt dessen, was geschrieben wurde und dann für sich allein nicht gesehen werden kann und im gegebenen Zusammenhang keine Rechtfertigung finden kann. Was das Vertrauen der Kinder zur Lehrerin betrifft, stellt sich die Frage der Eltern in vielen Briefen ganz deutlich: Vertrauen zu wem? Sicher nicht zu einem Lehr-er, dessen Unterricht ihren eigenen Wertvorstellungen so wenig entspricht, wie es hier der Fall war. Frau Jussel lehnt es heute noch ab, zum Inhalt der Zeichnung wertende Stellung zu nehmen und ihn entsprechend zu lenken, weil nach ihrer Meinung erst durch die Bewertung der Zeichnungen durch andere die Kinder das Bewußtsein und das Gefühl bekommen, etwas Schlechtes zu tun. So muß auch auf die Bildung des sittlichen und sozialen Gewissens verzichtet werden. Aber dies widerspricht eindeutig dem Auftrag der österreichischen Schule, nicht nur, Herr Kollege Häfele, der Vorarlberger Schule. Dieses Experiment zeigt aber auch auffallende Analogien zu Experimenten der Neuen Linken auf. Und hier handelt es sich nun einmal um Experimente. Und wenn hier ein Artikel zitiert wird: «Pornographie in der Provinz», so ist es genau der Artikel, wenn Sie das zitiert haben, der hier eindeutig als Beispiel das Unterrichtsbeispiel aufscheinen ließ, das hier betrieben wurde. Wobei man sich bemüht, hier den «gesellschaftlichen Kontext bürgerlicher Zwangsmoral» zu gängeln in der Hinsicht, daß man eben versucht, durch ein System der «free association» ein Verfahren zu erreichen, wo durch Reizworte des Sex versucht wird, das Ganze zu steuern, und daß die Schüler in jene Situation gebracht werden, die

schon heute hinlänglich einigemal zitiert wurde. Wenn hier scheinheilig für die sexuelle Befreiung der Jugend eingetreten wird, weil die sexuellen Antriebe und die Interessen der Heranwachsenden der motivationsstärkste Ansatzpunkt für die Aufwiegelung gegen die bestehende politische Ordnung zu sein scheint, dann ist es so, daß wir hier einer ganz bedenklichen Entwicklung zusteuern. Mündigkeit wird in dieser Pädagogik zur psychischen Disposition. Die Gesellschaft, wie sie ist, ganz radikaler Kritik zu unterziehen, nämlich dort, wo man sich redlich bemüht hat, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, und weil diese Gesellschaft überwunden werden muß auf Grund Ihrer Gedankengänge, muß alles, was in ihr etwa noch heil sein könnte, als unwahr oder gar als lächerlich hingestellt werden? Und Bücher, wenn Sie schon zitieren, aus verschiedenen Verlagen — denken wir an das Jahrbuch für Kinder, das Neinbuch oder das Streitbuch, die im Deutschunterricht auch schon an verschiedenen Schulen bei uns verwendet wurden und aufgetaucht sind — so illustrieren sie nur ganz diese Tendenz, die dazu führen soll.

Wenn ich nur dazu das eine sagen darf, daß es hier auch zu Dingen kommen kann, die zu Auswüchsen führen, die irgendwo den Werbebegriff zum Beispiel verdeutlichen, daß hier Zwang ausgeübt würde, daß alle Unternehmer Kapitalisten seien, die, um etwas zu wünschen, wird den Kindern suggeriert, die Eltern, die armen Eltern alles kaufen ließen, weil ja die Werbung in den Zeitungen schuld sei, und die Presse sei eben die größte Stütze dieser Kapitalisten, und je mehr Werbung desto mehr Konsum, je mehr Konsum desto mehr Geld dem Produzenten, kein Wort aber davon, daß durch entsprechenden Absatz der Waren auch die Arbeitsplätze gesichert werden. Diese ganzen Dinge passen genau in jenes Licht und kommt mit zusammen (Zwischenruf Dietrich: Was hat das mit der Kündigung einer Lehrerin zu tun?) mein Herr Kollege Dietrich, Ihre Kollegen von Ihrer Fraktion haben soviel daneben geredet, daß ich mir erlauben kann, treffend zu zitieren. Und wenn Sie noch hergehen, hier irgendwelche Zweifel zu haben, dann lesen Sie bitte die Zeitschrift der Gruppe der sozialistischen Studenten, gesponsert durch das Renner-Institut, von ihm aufgelegt, wo immer wieder hier in diese Kerbe gehauen wird und wo in diesem «Rufzeichen» auch behauptet wird: «Wie kann man behaupten — ich darf zitieren — Österreich sei ein Rechtsstaat, wo doch das Recht eindeutig bei den Herrschenden liegt, — Bezug genommen auf den Fall Jussel — bei denen nämlich, die das nötige Geld dazu haben, sich das Recht zu kaufen.» Ich meine, wenn in unserem Lande von Ihnen unterstützte Zeitschriften solche Dinge produzieren, dann muß uns nicht wundern, daß solcher Geist einkehrt und Einkehr hält an den Schulen.

Zum Fall selbst ist das eine zu sagen, es ist äußerst bedauerlich, daß die Stunde Frl. Jussel entglitten ist. Es ist dies als problematisch zu beurteilen, weil weiterhin sicherlich die Frage im Raum stehen bleibt, ob hier System dahinter war. Aber bei Einbekenntnis des

Entgleisens und bei der Zusage, daß dies im Wiederholungsfall von ihr verhindert worden wäre, wäre sicherlich Toleranz am Platze gewesen und hätte man, ich habe es selbst in einem Gespräch versucht, hätte man versucht, hier wiederum eine Lösung zu finden. Entscheidend war, daß sie bewußt gewisse Dinge getan hat. Denken wir an das saubere Empfinden von Schülerinnen, die dagegen Einspruch erhoben haben, daß ihre Zeichnungen aufgehängt werden. Und sie als Lehrerin — großes Vertrauen, wie Sie sagen — hat es trotzdem getan, gegen den Einspruch dieser Kinder hat sie ihre Zeichnungen aufgehängt, weil die Kinder noch ein gesundes Empfinden hatten und dagegen waren, daß diese schmutzigen Elaborate aufgehängt werden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte sie als verantwortungsbewußte Lehrerin erkennen müssen, daß das einfach entschieden zu weit geht. Generell muß gesagt werden, daß ich persönlich bei Konflikten zwischen Direktor und Lehrer selbst dann, wenn auch Disziplinarverfahren schon gewünscht wurden von Direktoren, den Standpunkt vertreten habe, daß dies, wenn irgend möglich, im Rahmen der Schule ausdiskutiert und bereinigt werden soll. Ich bin mir klar darüber, daß in Konfliktsituationen die Schuld nicht immer allein die jungen Lehrer trifft. Aber jetzt das Ganze abzuwälzen in diesem Falle und auf andere zu wälzen wäre unkorrekt und würde uns wiederum vollkommen an den Problemen vorbeiführen. Dort aber, wo die Schüler durch die Lehrtätigkeit gefährdet werden, ist es die Pflicht aller Verantwortlichen, einzugreifen, und wir haben eingreifen müssen. Verschärfend ist noch in diesem Fall, daß der gesamte Lehrkörper, mir wurde nachher gesagt mit einer Ausnahme, und die Elternschaft, die ihren Unmut durch eine große Unterschriftenaktion kundtat, einmütig darlegte, daß diese Lehrerin nicht mehr das Recht habe, ihre Kinder zu unterrichten. Das Vertrauen zwischen Elternhaus und Schule in unserem Land darf nicht durch solch gravierende Fehler zerstört werden. Statt einer Entlassung wurde auf Grund des Probedienstverhältnisses eine Kündigung zum Ende des Monats ausgesprochen und es wurde auch durch den Rechtsanwalt hier einigemal vorgesprochen und er hat auch Aufklärung darüber erhalten, wobei ich immer wieder feststellen mußte, daß Frau Jussel auf ihrem protokollmäßig festgehaltenen Standpunkt beharre, daß sie in etwa außer dem Aufhängen im Wiederholungsfalle gleich handeln würde. Auf Grund dieser Tatsachen sind wir nicht in der Lage gewesen, sie im Schuldienst weiter zu belassen. Ich darf dazu noch das eine betonen, daß als typisches Beispiel, wie es hier zu einer sozialistischen Kampagne gekommen ist, hier in Wien sich die Fäden das erste Mal in dieser Angelegenheit zusammengespinnen haben. Es war die «Arbeiter-Zeitung» mit ihrem Herrn Gluthammer, der sich hier primär dieser Sache angenommen hat, daß es dann einen

Radikalen Erlaß» in Wien gab. Sinnigerweise wurde dort in der Diskussion der Pädagogischen Akademie — und ich bitte, die Zeitfolge zu beachten —, wo es um die Frage der Extremisten im öffentlichen Dienst geht, gleichzeitig auch von sozialistischen Studentenvertretern der Fall Jussel mit in die Diskussion geworfen. Und der «Wiener Sozialistische Lehrerverein» und sinnigerweise der «Bund demokratischer Lehrer der Kommunistischen Partei» haben sich hier stark dafür eingesetzt und diese Sache zu ihrer Angelegenheit gemacht. Wir sehen, mit welcher Schlagseite Sie hier befaßt sind, Herr Kollege Häfele, ich glaube, dort die Einordnung zu finden.

Das Vertrauen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das hier immer wieder angesprochen wird, das die Lehrerin gehabt haben soll, begründet nur das eine, daß das Ganze eine Provokation war und daß wir heute doch vor der Situation stehen, wiederum mit dieser Problematik doch auf jene Eltern zu hören und auf jene Lehrer, und interessant ist das eine, Herr Kollege Häfele, Sie können nachher die Briefe einsehen, wo sich deklarierte, in Schreiben mir deklarierte Lehrer, die sich als sozialistische Lehrer bekennen, prominente Stellung bei Ihnen im Sozialistischen Lehrerverein einnehmen, mir geschrieben haben, daß sie hier vollkommen konform gehen, und daß ich es daher irgendwie eigenartig finde, das Ganze nun zu einem politischen Stil hochzudramatisieren, wo die Sozialistische Fraktion hier für Frau Jussel in dieser Angelegenheit, Stellung bezieht.

Wir selber glauben, und hier möchte ich doch am Schluß jenen Akzent setzen, der der ganzen Angelegenheit am nächsten käme, wir selber glauben, sie sollte nicht so behandelt werden, wie in der «Volksstimme», im «Volkswillen» und in all jenen Zeitungen, die sich dieser Sache angenommen haben, sondern man müßte nun dazu übergehen, festzustellen, daß es für uns, wenn Frau Jussel auf diesem Standpunkt verharrt, keine Möglichkeit gäbe, sie wieder in den Vorarlberger Schuldienst zu nehmen. Wenn sie jetzt aber zu einer differenzierten Auffassung kommt, daß sie von diesen Fehlern Abstand nimmt, wir selbstverständlich das wieder in die Überlegungen einbeziehen werden müssen.

Präsident: Nun erteile ich das Wort dem Klubobmann Winder.

Winder: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kenne Frau Jussel aus meiner früheren Tätigkeit als Sozialreferent der Vorarlberger Landesregierung, als solcher eingeladen von der «Aktion Strafvollzug», die in diesem Lande eine segensreiche Tätigkeit ausübt. Ich weiß von dorthier, daß es sich bei dieser 22-jährigen Frau, die genau so wie viele von uns aus der «Katholischen Jugend» kommt, um eine Idealistin handelt; um eine Idealistin handelt, die subjektiv glaubte, den Bremenmahder Kindern bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen zu können, helfen zu können, denn um das geht's ja. (Zwischenruf Stadelmann: Es sind fünf Bremenmahder Kinder, fünf

im ganzen!) Ja, dann sind es halt Hatler Kinder, das ist ja das gleiche (Zwischenruf Stadelmann: Nein, das ist nicht das gleiche! — Heiterkeit — Weitere Zwischenrufe). Nur gehört halt Bremenmahd immer noch zum Bezirk (Zwischenruf Stadelmann: Sicher!). Eben, also, womit wir uns über dieses Detail wieder einig wären (Zwischenruf Stadelmann: Nicht einig sind!) Es geht also darum und es ging ihr darum, so wie sie auch in der «Aktion Strafvollzug» sich bemüht hat, zu helfen, diesen Kindern zu helfen. Es ging schief, wie wir wissen. Schief aber nicht (Zwischenruf Mag. Heinzle: Sie haben aber nicht diese Auffassung, daß es schief gegangen ist?) Es ging schief, das Ganze ging schief, das werden Sie doch nicht bestreiten wollen, (Zwischenruf Battlogg). Das halte ich also wirklich für eine Sicht, lieber Kollege Battlogg, etwas aus der Froschperspektive heraus. Dort ungefähr würde ich das ansiedeln.

Es ging schief das Ganze, und es geht damit nicht nur für Ulrike Jussel schief, sondern es geht für alle diejenigen schief, die vor ähnliche Situationen in der Schule gestellt werden, und das sind nicht wenige, wie uns die Lehrer bestätigen. Schief deshalb, weil Sie ihr nicht helfen wollten, weil Sie unverhältnismäßige Mittel angewendet haben. Das ist diesem Direktor nicht das erste Mal passiert. Sie wissen genauso gut wie ich, daß es dort schon einmal zu Schwierigkeiten mit dem Lehrkörper gekommen ist. Anstatt daß man versucht, mit einer Lehrerin darüber zu reden, diffamiert man sie. Man hat noch viel mehr behauptet, meine Herren! Man hat gesagt, sie habe sich nackt vor die Klasse hingestellt und ähnliche Dinge mehr. (Zwischenruf Jäger: Wer hat das gesagt?) Ich sage ja nicht, daß Sie das sagen, Kollege Jäger! So wird man in diesem Lande diffamiert (Zwischenrufe). Na, nicht von Sozialisten, nicht von Sozialisten, diese Mafia haben wir nicht erfunden, Herr Kollege Jäger! (Zwischenruf Jäger: Die rote Mafia haben wir schon mehrfach erlebt! — Glocke des Präsidenten — Präsident: Bitte um Ruhe!) Für die rote Mafia schauen Sie noch recht gut aus, lieber Kollege (Zwischenruf Jäger: Das liegt nicht an der roten Mafia, sondern an meiner Kondition! — Heiterkeit). Ah, das muß eine hervorragende Kondition sein bei der roten Mafia, die Sie ununterbrochen zu erleiden haben. Sie sind jedenfalls nicht aus Ihrer beruflichen Laufbahn geworfen worden. Dieses Mädchen hat die PA gemacht. Sie hat keine andere Laufbahn. Sie würde nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung bekommen haben. Und dieser Fall ist längst in allen Zeitungen drin gestanden, bevor wir ihn noch wußten. (Zwischenruf Dr. Keßler: Durch Sie, durch Sie!) Der Kollege Gasser befindet sich mit mir in der peinlichen Situation — möchte ich für ihn sagen —, daß wir beide aus der «Arbeiter-Zeitung» vom «Fall Jussel», wenn Sie wollen, informiert worden sind. So geht's, und alle diese Zusammenhänge, die Sie konstruieren, sind genauso weit daneben, wie wenn Sie

die Neue Linke ausgerechnet in Österreich nun über Ihre Darstellungen einführen wollen. Ich meine, das heißt doch nun wirklich, das heißt doch nun wirklich, die Dinge an den Haaren herbeizuziehen. Wir beschließen sämtliche Schulgesetze in Österreich mit einer Zweidrittelmehrheit und wir sind stolz auf den Konsens, den wir immer erzielen konnten. (Zwischenruf Mg. Heinzle: Daher sollten diese Gesetze auch eingehalten werden!) Und wenn Sie mir bitte beweisen können, daß die Frau Jussel gegen diese Bestimmungen verstoßen hat, dann wären wir anderer Auffassung. Aber das liegt bei Gott nicht vor. Sie haben nicht einmal ein pädagogisches Gutachten eingeholt, das ist die Tatsache, sondern Sie haben in einer Nacht, ich kann nicht sagen, einer Nacht- und Nebelaktion, aber jedenfalls in einer Aktion, die von Anfang an falsch lief, eine junge Lehrerin aus dem Schuldienst hinausgeekelt. Und Sie haben dafür gesorgt, und Sie haben dafür gesorgt, daß sie keine adäquate Beschäftigung mehr finden konnte. (Zwischenruf Jäger: Unterstellung!) Sie sind dafür — das ist doch keine Unterstellung, das ist doch die Tatsache, Herr Kollege Jäger! — (Zwischenruf Jäger: Ihr hond a Theater drus gmacht!) Sie wollten Gras wachsen lassen, ganz richtig, Herr Kollege Jäger, Sie wollten sie nicht wieder einstellen, was Sie tun hätten sollen dank Ihrer christlichen Nächstenliebe, die sie ununterbrochen predigen. Das hätten Sie tun sollen. Statt dessen haben Sie den Stab gebrochen über eine junge Lehrerin. Ich würde mich dafür an Ihrer Stelle schämen. Und es blieb einem Abgeordneten unserer Fraktion vorbehalten, ihr eine berufliche Laufbahn zu ermöglichen. (Zwischenruf Jäger: Du darfst nicht mit christlicher Nächstenliebe hausieren gehen!)

Präsident: Der Herr Landeshauptmann ist nun zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Dr. Keßler: Hoher Landtag! Es ist nun zum Fall Ulrike Jussel in einer sehr eingehenden Diskussion in mehreren Debattenbeiträgen sehr grundsätzlich und klar Stellung genommen worden. Ich persönlich darf, nachdem der Präsident des Landesschulrates zitiert wurde, abschließend aus meiner persönlichen Sicht einige Bemerkungen anfügen. Ich möchte zunächst sagen — und bin hier wohl in Übereinstimmung mit einigen emotionslosen Debattenrednern von vorher, daß ich es bedauere, daß ein persönlicher Fall im Landtag in der Weise bis ins letzte Detail diskutiert wurde. Ich bedauere das aus der Sicht der betroffenen Lehrerin. Ich begrüße es allerdings auf der anderen Seite aus grundsatzpolitischer Sicht, weil diese Diskussion einmal mehr Anlaß war, um gewisse grundsatzpolitische und weltanschauliche Fronten zu klären, und das kann nicht schaden. Ich hätte im übrigen gewünscht, daß diese heutige Diskussion möglichst viele Väter und Mütter, auch möglichst viele sozialistisch-orientierte Väter und Mütter hätten mitanhören können. Das war leider nicht möglich.

Ich möchte es sehr kurz machen; ich möchte lediglich zu einer konkret gestellten Frage eine Antwort geben.

Es wurde nämlich von einem sozialistischen Debattenredner gefragt, ob man im Zusammenhang mit dem Fall Ulrike Jussel die Entscheidung nach reiflicher Prüfung gefällt hat und ob eine Prüfung stattfand. Ich weiß nicht, Sie scheinen offenbar doch nicht zur Gänze über den Vorgang informiert zu sein. Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Entscheidung durch die zuständige Schulbehörde nach Konsultierung des Landesschulrates auf Grund folgender Fakten gefällt worden ist: Auf Grund des Antrages des zuständigen Direktors, auf Grund des fast einmütigen Antrages des Lehrkörpers — mit einer Ausnahme —, auf Grund einer einstimmigen Entscheidung, die nach reiflicher Diskussion und Prüfung auf einer Bezirksschulinspektorenkonferenz gefällt wurde, an der sämtliche Bezirksschulinspektoren des Landes beteiligt waren, auf Grund einer Stellungnahme des Landesschulrates, vorallem — und damit möchte ich auf die Frage Antwort geben, ob ein pädagogisches Gutachten eingeholt wurde —, auf Grund eines sehr eingehenden pädagogischen Gutachtens durch einen, wie ich glaube, anerkannten Fachmann und last not least auch auf Grund einer Konsultierung der Mehrheit der Regierung. Mehr will ich dazu nicht sagen. Ich möchte nur feststellen, ich persönlich habe die Meinung, daß die Schulverwaltung, daß der Schulreferent und daß auch der Präsident des Landesschulrates auf Grund dieser Prüfung ausschließlich durch Pädagogen und durch Leute der Schulaufsicht gar keine andere Wahl hatten. Ich glaube, das sollte doch am Ende dieser Diskussion noch gesagt werden. Ich möchte schließen mit der Feststellung, daß wir gut tun, die Akten über den Fall Jussel zu schließen. Ich sage Ihnen aus meiner persönlichen Sicht, ich kann nur hoffen und wünschen, daß möglichst weite Kreise der Bevölkerung dieses Landes, daß möglichst viele Väter und Mütter von der Grundsatzdebatte, die heute" hier geführt wurde, Kenntnis bekommen.

Präsident: Nun erteile ich das Wort Herrn Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Meine Damen und Herren! Ich kann nicht verhehlen, daß wir über den «Fall Gasser» auch aus Sorge um das Ansehen unseres Landes so genau debattieren, selbst wenn es verschiedenen Leuten in diesem Hause nicht paßt. Aber wenn ich so in die konservative «Tiroler Tageszeitung» schaue und die «Kulturpolitischen Blätter der Tiroler Tageszeitung» lese, dann steht hier: «Auch Vorarlberg hat nun seinen Fall Larcher: Die Entlassung der Lehrerin Ulrike Jussel aus dem Schuldienst bewegt die Gemüter im Ländle, und besonders unter den Studierenden der Pädagogischen Akademie hat der Fall Jussel eine beträchtliche Unruhe hervorgerufen», schreibt die konservative «Tiroler Tageszeitung». «Diesmal waren es nicht die Stücke von Kroetz,

sondern eine Zeichenstunde, die der Junglehrerin zum Verhängnis wurde. Trotzdem zeigt der Fall Jussel verblüffende Parallelen zum Fall Larcher. Uns erscheinen Anlaß und Ablauf der Ereignisse symptomatisch für die verhärteten Fronten zu sein, die heute vielfach zwischen der jungen Generation von Lehrern und Schulbehörden bestehen. Symptomatisch auch für die fatale Situation junger Mädchen, für die die Straße die Rolle des Elternhauses übernommen hat, symptomatisch schließlich für eine merkliche Verunsicherung der Pädagogen bezüglich neuer Lehrmethoden und neuer Erziehungsziele». Es sollte hier wohl besser heißen «für eine merkliche Verunsicherung der Juristen bezüglich neuer Lehrmethoden und neuer Erziehungsziele der Pädagogen», meine Damen und Herren! Aber ich stimme im übrigen ausnahmsweise mit der konservativen «Tiroler Tageszeitung» überein, daß verblüffende Parallelen zum Fall Larcher vorhanden sind. Die Versuche einer Analyse im Fall Larcher treffen nämlich auch für den Fall Gasser zu. Und die heutige Debatte hat mir so verschiedene Beobachtungen ermöglicht, die ich mir hier notiert habe.

Meine Beobachtung Nr. 1 zum Fall Gasser: Ulrike Jussel war an der Pädagogischen Akademie Studentenvorsteherin und Mitglied des Redaktionsteams der Studentenzeitschrift. Sie galt als kritische und progressive Lehrerin und war deshalb von vorneherein ein rotes Tuch für die Schulabteilung. Das Bestreben, Ulrike Jussel abzuschieben, hätte aber nicht so schnell zu einem durchschlagenden Erfolg führen können, hätte sich nicht ein Anlaß gefunden, der ausgezeichnet in die Struktur der politisch-weltanschaulichen Landschaft Vorarlbergs paßte: die Zeichenstunde. Endlich war ein Anlaß gefunden, dem man scheinbar stichhältige Entlassungsgründe zuordnen konnte, und der — was viel wichtiger war — bei den politisch-weltanschaulich bestimmenden Kräften Vorarlbergs sofort Widerhall fand. Und damit haben Sie ja gerechnet. Die Zeichenstunde gab ein sehr brauchbares Alibi für eine hintergründige Aktion ab.

Meine Beobachtung Nr. 2 zum Fall Gasser: Alles, was nach der Entlassung der Ulrike Jussel vorgebracht wurde und wird, ist durch Rechtfertigungsüberlegungen im Hinblick auf ihre Entlassung beeinflusst. Nicht Ruhe und Bravheit als Bürgerpflichten, sondern Mut zur Veränderung wurde im Unterricht in den Vordergrund gestellt. Die Vorarlberger Schulhierarchie — nicht aber die Vorarlberger Lehrerschaft — lehnt in ihrer Angst vor Veränderungen jede Verunsicherung ab. Sie übersieht dabei mehr oder weniger absichtlich die Gefahr des Verfehlens des Erziehungszieles. Die Neigung der Landesregierung, im Fall Gasser zu negativen Reizworten wie Beschmiererei, Schweinerei, Zoten usw. Zuflucht zu suchen, die offensichtlich die Funktion haben, dem politisch wenig Erfahrenen den kalten Schauer über den Rücken fahren zu lassen, verfolgen doch nur die Absicht, gesellschaftliche Veränderungsvorgänge, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegen, zu verlangsamen oder

überhaupt zu lähmen. (Zwischenruf Battlogg: Denken Sie an die Landtagswahl!) Herr Abg. Battlogg, Sie sind nicht mit dem Fall Jussel in den Wahlkampf gezogen.

Ich darf meine Beobachtung Nr. 3 zum Fall Gasser Ihnen persönlich widmen: Fachleute, die in Institutionen arbeiten, die der Behörde nahestehen, vertreten in ihren Gutachten die gleiche Meinung wie die Behörde selbst. Gleichartige Fachleute außerhalb dieser Institution teilen mehrheitlich diese Auffassungen nicht. Das heißt im Klartext: Landesrat Gasser zitiert in seiner Antwort auf unsere dringliche Anfrage ein offensichtlich anonymes Fachgutachten, denn selbst der Herr Landeshauptmann, der sonst immer einen «Rechts»-Standpunkt vertritt, hat hier keinen Namen genannt, wer das Fachgutachten erlassen hat. (Zwischenruf Dr. Keßler: Ich sage Ihnen gleich!) Wer ist es? (Zwischenruf Dr. Keßler: Es ist der Herr Landesschulinspektor Dr. Lutz, von dem ich glaube, daß er ein Fachmann erster Ordnung ist! Ob Sie das auch glauben, weiß ich nicht!) Er ist sicher kein Pädagoge (Zwischenrufe — Glocke des Präsidenten — Präsident: Bitte um Ruhe!), der dazu berechtigt wäre, in einem solchen Fall ein Gutachten abzugeben (Zwischenruf Dipl.-Vw. Gasser) (Zwischenrufe — Glocke des Präsidenten). Man hätte das Pädagogische Institut beauftragen können, hier ein Gutachten abzugeben. Aber Sie wollten doch ein Gutachten, das, wie ich hier bei meiner Beobachtung Nr. 3 zum Fall Gasser betont habe, genau mit Ihren Dingen übereinstimmt und bereits Ihre Ansicht, die zur Kündigung geführt hat, vorgeformt hat. Es ist nämlich auch sehr interessant, daß man im nachhinein Gutachten holt, die bereits vorher für die Kündigung maßgebend waren. Das ist doch Ihre Taktik. Und damit haben Sie auch dem Herrn Dr. Lutz keinen guten Dienst erwiesen. Aber Sie schreiben im Gutachten, das der Entlassung der Lehrerin zugrunde lag, «daß die Lehrerin bewußt ins Zotenhafte abgleiten ließ, die Kinder in ihrem sittlichen Urteil verunsicherte und das sittliche Empfinden ihr anvertrauter Kinder gröblich verletzte». Ich nehme an, das sind die Worte von Dr. Lutz. Andere Experten sind nun wieder keineswegs der Meinung, daß in solchen Fällen ein Anschlag auf die anvertrauten Kinderseelen oder auf das Abendland vorgenommen wurde, denn mir liegt hier ein Gutachten der Neuropsychiatrischen Abteilung für Kinder und Jugendliche in Wien vor. Es geht hier um die Frage, ob für Zwölfjährige bestimmte sprachliche Vulgäraußerungen geeignet sind, die sittliche, seelische und gesundheitliche Entwicklung zu gefährden. Der Leiter dieser Neuropsychiatrischen Abteilung für Kinder und Jugendliche schreibt wörtlich: «Wie Sie wissen, muß die Handlung geeignet sein, den Jugendlichen in seiner Entwicklung zu schädigen. Man wird also nach zwei Richtungen hin diese Frage zu analysieren haben:

- 1.) Sind solche Äußerungen aus der Art fallend,

somit geeignet, beim Jugendlichen Handlungsweisen zu stimulieren oder nicht?

2.) Geht es bei diesen Handlungen, die mit den inkriminierten Worten bezeichnet werden, um einen Tatbestand, der an sich die seelische Schädigung bewirken kann?

Ich bin nicht der Meinung», schreibt Univ.-Prof. Spiel weiter, der sich hier nicht hinter einem anonymen Gutachten versteckt — «daß ein zwar obszönes Wort, das aber im alltäglichen Gebrauch steht, einen seelischen Schaden bewirken kann.»

Meine Beobachtung Nr. 4 zum Fall Gasser: die Schärfung des Feindbildes. In Konfliktsituationen wird oft nach dem Motto gehandelt, daß die Durchschlagskraft der eigenen Aktion mit der Schärfung des Feindbildes wächst. Das gegnerische, das feindliche Lager muß so klar und so einfach wie möglich apostrophiert werden, es muß ein scharfes Feindbild entstehen. Der Lehrerin wird deshalb unterstellt, ihr Unterricht entspreche jenem der Neuen Linken. So könne sie in Hessen oder in Schweden unterrichten, aber wir in Vorarlberg seien Gott sei Dank noch nicht so weit. Ohne irgend einen Namen zu nennen, wer denn in Vorarlberg auch nur in den Geruch der Neuen Linken kommen könnte. Aber meine Damen und Herren, auch diese Schärfung des Feindbildes wird uns nicht davon abhalten, in jedem Fall von Ungerechtigkeit in Vorarlberg stunden- oder tagelang, Herr Abg. Mader, stunden- oder tagelang hier jeden Fall von Unrecht aufzurollen. (Zwischenruf Eß: Was ist Unrecht? — Glocke des Präsidenten) Wenn Sie zehn oder 15 Jahre im Landtag sitzen und noch nicht wissen, was Unrecht ist, dann frage ich mich, wie Sie hier überhaupt arbeiten können. (Zwischenruf Eß: Unrecht für die Eltern und Kinder oder für die Lehrerin? Sein oder Nichtsein!)

Herr Abg. Eß, meine Beobachtung Nr. 5 zum Fall Gasser. Solange pädagogisch ungeschulte Leute (Zwischenruf Eß: Wie Herr Dr. Häfele!), pädagogisch ungeschulte Leute politisch und referatsmäßig die Schulverwaltung beherrschen, ist der Fall Gasser beliebig wiederholbar. Eine Aufarbeitung der Probleme im Sinne der Kinder ist in Vorarlberg auf Grund mangelnder Einsicht der Behörden nicht möglich. Da Landesrat Gasser in seiner Schulabteilung offensichtlich ein Getriebener seiner Beamten ist und zu Schulproblemen keine eigene Meinung hat, ist eigentlich nur Resignation am Platze. Die einzige gerechtfertigte Schlußfolgerung über die Schulpolitik in Vorarlberg aus der Sicht der heutigen Debatte sind deshalb die Worte des großen Vorsitzenden des Schulreferates, Gasser: «Weinen, ja, das wäre besser!»

Präsident: Jetzt ist der Herr Abg. Dr. Mader zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Herr Kollege Häfele, ich glaube, Sie haben mich etwas mißverstanden. Und wenn Sie mir vorwerfen, ich werfe Ihnen vor, Sie sollen nicht so lange reden, so ist das also nicht richtig.

Sie können reden solange Sie wollen, das ist mir völlig gleich. Aber was mich an der ganzen Geschichte stört ist, daß man über diesen einzelnen Fall, über die Person so lange gesprochen hat. Das habe ich kritisiert und nichts anderes.

Präsident: Ich erteile nun das Wort dem Abg. Präsident Jäger.

Jäger: Hohes Haus! Es ist also jetzt sehr viel und sehr lange diskutiert worden. Ich darf nur zunächst einmal zu dem, was der Kollege Dr. Häfele gesagt hat, einiges anführen. Er hat am Anfang gesagt, die Religionslehrerin und die Raumpflegerin hätten die Eltern mobilisiert, um gegen die Lehrerin aufzutreten. Ich finde es an sich schon eine Frechheit, daß man eine Raumpflegerin so lässig abtut und sie so abqualifiziert. Eine Raumpflegerin kann unter Umständen mehr gesunden Hausverstand haben als ein bärtiger Parteisekretär. Das möchte ich hier auch klar gesagt haben (Heiterkeit — Zwischenruf: Jawohl!) Und es ist weiterhin eine Frechheit, daß man dann die Eltern für so unmündig hinstellt, als ob sie sich von einer Religionslehrerin und von einer Raumpflegerin mobilisieren ließen und nicht aus eigenem Antrieb diesem Geschehenen hier (Zwischenruf Winder: Haben Sie nichts von einem Telefon gehört?) Ich habe nichts von einem Telefon gehört, aber jedenfalls sind die Eltern noch mündig genug, um solche Vorfälle beurteilen zu können. Und man wird doch nicht einfach 30 Eltern oder 50 Eltern unterstellen können-, sie seien nur von einer Raumpflegerin mobilisiert worden. Das dazu!

Ich habe über diesen Fall mit sehr vielen Leuten diskutiert und mit sehr vielen Leuten, die alles eher als prüde sind, und ich habe überall dieselbe Meinung gehört, daß die Sache an sich abzulehnen ist und daß gerade (Zwischenruf Winder: Was für eine Sache ist abzulehnen?) die Vorkommnisse in der Stunde; und daß gerade die Eltern, die Kinder haben, sich dagegen auflehnen. Es ist vom Kollegen Dr. Häfele, von der Solidarität der Saubermänner gesprochen worden. Jawohl, Dr. Häfele, ich glaube, daß diese Solidarität der Saubermänner notwendig ist, weil es eine Solidarität mit den Eltern ist, weil es eine Solidarität mit den Verantwortungsbewußten ist und weil es eine Solidarität mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes ist, die wir hier zu vertreten haben und in deren Namen wir hier stehen, Herr Dr. Häfele, und nicht nur einiger weniger und vor allem nicht solcher, die aus der ganzen Angelegenheit ein politisches Spiel gemacht haben und ein politisches Süppchen daran kochen wollen.

Und nun zum Kollegen Winder, der ja immer wieder mit seiner christlichen Gesinnung hausieren geht, mit seiner KAJ-Zugehörigkeit, mit seiner Cursillo-Teilnahme und weiß ich was alles. Nichts

dagegen, wenn er es aus Überzeugung tut und nicht immer wieder die Kirchenfahne vor sich herträgt. Aber ich sage noch etwas zur christlichen Nächstenliebe. Die christliche Nächstenliebe verbietet mir, die Lehrerin Ulrike Jussel zu verurteilen. Aber die christliche Verantwortung gebietet mir auch, im Interesse der Eltern und im Interesse der Kinder und im Interesse des Großteils unserer Bevölkerung gegen das Handeln, gegen ihr Handeln, das ich für falsch und für schädlich halte, aufzutreten, sei es gelegen oder sei es ungelegen (Beifall).

Präsident: Der Abg. Neururer ist zum Wort gemeldet.

Mag. Neururer: Kollege Jäger, ich möchte dazu sagen, im Fall Jussel geht es für uns nicht um ein politisches Spiel, sondern um eine menschliche Angelegenheit. Ich hätte mir vom Präsidenten der Arbeiterkammer erwartet, daß er sich schützend vor eine Kollegin stellt (Zwischenruf Jäger: Dann hätten Sie ihn nicht so hochgespielt! — Glocke des Präsidenten), sonst ist er dort fehl am Platze. Und seien wir uns doch ehrlich, daß die Kinder auf der Straße und überall solche Ausdrücke hören. Verschließen wir doch nicht die Augen! Es ist doch ganz klar, daß die Kinder solche Ausdrücke gebrauchen. Daher ist es meines Erachtens Aufgabe verantwortungsvoller Pädagogen, auch auf diese Ausdrücke einzugehen, um die Kinder entsprechend zu informieren. Wenn das nicht geschieht im Vorarlberger Schulwesen, dann muß ich sagen, sind wir hier in einer Fehlhaltung drinnen und müssen trachten, daß eben diese Haltung endlich einmal geändert wird. Es ist doch glattes Pharisäertum, wenn man jetzt bei uns sagt, wir hätten noch eine heile, schöne Welt. Die Kinder werden mit diesen Problemen konfrontiert und es ist Aufgabe der Pädagogen (Zwischenruf von der ÖVP: Das Wie ist entscheidend!), darauf einzugehen. Und das ist leider, wie gerade die Zeichnungen in Hatlerdorf zeigen, nicht geschehen.

Präsident: Die Rednerliste ist geschlossen und damit auch die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt. Wir unterbrechen nunmehr die Sitzung und setzen sie um 14 Uhr wieder fort.

(Die Sitzung wird um 12.10 Uhr unterbrochen und um 14.05 Uhr wieder fortgesetzt.)